

Leipzigs NEUE

LINKE ZWEIFACHWOCHEENZEITUNG
für Politik, Kultur und Geschichte

■ Zwischen Kichern und Lügen

Die Wiedergeburt des Adolf H. auf Leinwand und DVD **Seite 3**

■ Überraschung und Unbehagen

Bürger diskutierten mit Experten über Brühl-Pläne und forderten Kultur und Lebensqualität **Seite 4**

■ Was ist überhaupt Stalinismus?

Widersprüchlicher Stein in der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde **Seite 9**

■ Schur, Scharping und Co.

Friedensfahrtsieger Täve appelliert an Präsidenten des Deutschen Radsportverbandes und benennt fragwürdige Thesen **Seite 13**

2

2007

NEU
1,30 Euro

15. Jahrgang
26. Januar

www.
leipzigs-neue.de

Nur 1 Euro
im Abo

Steine und Gewalt gegen linkes Büro

LN. Auch wenn die Nachricht aufatmen lässt, dass Worch und seine Nazis an diesem 1. Mai nicht in Leipzig einfallen werden, in der Stadt sind sie dennoch. „Unbekannte“ haben in der Nacht zum 21. Januar das Bürgerbüro der Linkspartei-Bundestagsabgeordneten Dr. Barbara Höll in der Gorkistraße 120 überfallen. Farbbeutel wurden geworfen und Scheiben eingeschlagen. Das Büro ist damit zum vierten Mal Ziel derartiger Attacken.



Fotos: G. Eiltzer

Es ist gut, einen klaren Verstand und ein gutes Gedächtnis zu haben. 1946 gab es in Hessen eine Volksabstimmung, bei der 76 Prozent aller abgegebenen Stimmen für die Sozialisierung der Groß- und Grundindustrie eintraten. Das steht zwar heute nicht in unseren Schulbüchern, aber es stimmt. So gab es infolgedessen damals Wahlplakate, auf denen stand: „Das Kommunistische Manifest – 1848 veröffentlicht; 1948: vollenden! – SPD.“ Auch das steht nicht in unseren Schulbüchern. Aber es stimmt. Deswegen habe ich das Plakat eingerahmt und in meinem Kabarett-Theater links an der Treppe hingehängt, damit die Leute es sehen und glauben.

Ich, Jahrgang 1935, bin in einem Alter, wo ich durchaus noch Erinnerungen habe, wie es damals aussah. Ach, wir Deutschen mit unseren Erinnerungen und unserem Glauben! Vor 15 Jahren, erinnern Sie sich etwa noch? Da hatte die NPD Aufkleber: „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein!“ Inzwischen ist der sicher „Ausverkauft“ oder längst durch die Bundesregierung „Aufgekauft“. Es gibt eine aktuelle Untersuchung der Universität Bielefeld, wonach diese WM-Hysterie und diese „Schwarz-Rot-Gold-Organie“ den Chauvinismus und die Ausländerfeindlichkeit angeheizt haben. Kürzlich sah ich einen Fernseh-Rückblick auf die WM. Ungezählte Mal lachte es da „Deutsch“ und „Deutscher“... garniert mit der Vokabel „unverkrampt“. Gehen wir doch also bitte schön „unverkrampt“ mit unserer Geschichte um.

Inzwischen heißt es ja längst, es war gar nicht der Hitler allein und schließlich haben wir auch unsere Vertriebenen und unser Leid. Ich bin gebürtiger Schlesier, aber mir gehen diese Arien, die Frau Steinbach singt, auf den Kiefern und auch dieses angeblich neue Nationalgefühl. Es hat, wie wir sehen, zu neuen Kriegen geführt, auf dem Balkan, in Afghanistan und weiß ich nicht wo ...

Gastkolumne

Denk ich an Deutschland

Dietrich Kittner

Ich führe seit Jahren einen Briefwechsel mit den Machern der Berliner Ausstellung „Topographie des Terrors“. Die haben eine Geschichtsmeile aufgebaut. Also – vor historisch interessanten Häusern oder Adressen – Tafeln aufgestellt. Und da war ich schon sehr erstaunt über das Hitler-Bild an der Stelle, wo die Reichskanzlei stand. Der „Führer“ – man glaubt es nicht – auf offener Straße nur mit seinen Lebens- und Kanzlerdaten. Unweit vom Holocaust-Mahnmal. Auf meine Frage: „Was wollen sie denn machen, wenn da Nazis Blumen niederlegen?“, bekam ich die Antwort: „Wir wollten in dieser Angelegenheit nur ganz sachlich bleiben!“ Mal ganz sachlich: Der Bruno

Ganz, der hat über Hitler etwas „Schönes“ gesagt. Er habe den Hitler „nicht nur gehasst“, sonst hätte er ihn und seinen Untergang nicht spielen können. Da sage ich immer in meinem Programm: „Danke Bruno, dann muss der Chaplin den „Diktator“ ja inbrünstig geliebt haben!“ Aber die Sache mit dem „Untergang“ ist viel banaler, als man denkt. Der Film war ein Riesengeschäft. Ganz einfaches Produzentenkalkül: Man kann mit dem Führer weiter und wieder viel Geld verdienen. Und auch dieser neueste Kinoklamauk von Dani Levi wurde ja mit einem Aufwand vorangekündigt, der nicht mehr ganz „heil“ ist.

Als Kabarettist weiß ich natürlich, dass Lächerlichkeit töten kann und Diktatoren stürzen. Aber, warum muss in diesem Film des Jahres 2007 auf den unerträglichen alten Nazi-Witz vom „Wiedergutmachungsautomaten“ angespielt werden. „Oben steckt man ein Stück Seife rein und unten ...“ Sie ahnen die „Pointe“, die hatten schon vor Jahren an Stammtischen alte und neue Nazis im Maul. Michael Romm und sein „gewöhnlicher Faschismus“ ist für mich das Gegenbeispiel, da wird nichts ausgeschwiegen und verharmlost und trotzdem gibt es in diesem Film ... Pointen. Heute lachen einige im Kino über „Helge Hitler“. Aber: Warum haben vor 70 Jahren die Leute nicht über Hitler gelacht? Sie sind auf diesen Scheiß reingefallen ... und haben es mit ihrem Leben bezahlt.

Es war wieder ein bewegendes Erlebnis, dieser gemeinsame Gang mit Zehntausenden zu den Gräbern von Karl und Rosa. Als ich schon die Gedenkstätte der Sozialisten verlassen wollte, kommt von dort, wo kürzlich ein Gedenkstein für die „Opfer des Stalinismus“ aufgestellt worden war, eine alte Frau auf mich zu. Vorwurfsvoll, so, als wäre ich dafür zuständig, schimpfte sie: „Ich bin all die Jahre gern hierher gekommen. Jetzt fühle ich mich missbraucht. Auf dem neuen Stein liegt eine Kransschleife mit der Aufschrift: ‚Den Opfern der SED-Diktatur‘. Wenn das so bleibt, komme ich nächstes Jahr nicht wieder.“ Ich versuchte die Frau zu beruhigen. Ihre Absicht, nicht mehr zu kommen, sei die beste nicht, riet ich. Vielleicht wollten die Ideengeber für den Stein gerade dies erreichen: Der Veranstaltung, die den etablierten Parteien schon lange ein Dorn im Auge ist, ihre Kraft zu rauben. Ein bisschen bissig fügte ich hinzu: „Eigentlich müssten wir der Eppelmann-Stiftung dankbar sein. In verblüffender Offenheit zeigt ihre Kransschleife, wem der ‚Stalinismus‘-Stein eigentlich dient. Nicht wirklich der Totenehrung. Getroffen sollen alle werden, die ihr Leben in der DDR nicht durch die antikomunistische Brille sehen.“

Als Kommunist tut es mir weh, dass es in unserer Geschichte auch Repressalien gab.

Sie gehören verurteilt. Ihren Opfern gilt Respekt. Doch der gummiartige Begriff „Stalinismus“ taugt dazu nicht. Er verwirrt. Wissenschaftlich ist er überhaupt nicht definiert. Bedeutet er für die einen, dass sich die Sowjetmacht gegen ihre Feinde gewehrt hat, reduzieren ihn andere auf stalinsche Verbrechen, meinen die einen die Internierungslager der Sowjetarmee 1945 für Kriegsverbrecher in Ostdeutschland, benennen andere bedauernde Einzelschicksale. Beklagen die einen die Enttarnung der Kriegsschuldigen und der Großgrundbesitzer, nutzen ihn andere, um die DDR als stalinistisches Monster zu verteufeln. Der Begriff ist auch von Antikommunisten besetzt, die Faschismus und Sozialismus auf eine Stufe stellen. Mit letzterem aber werden nicht nur Sozialisten und Kommunisten beleidigt. Der Faschismus wird verharmlost. In der Bundesrepublik hat dies Tradition. Schon in den ersten Nachkriegsjahren wurde nicht etwa der Antifaschisten gedacht. Das

Egon Krenz

Teile und herrsche!

Der Stein, der spaltet



Den „Opfern der SED-Diktatur“ war der Kranz am umstrittenen Gedenkstein für die „Opfer des Stalinismus“ gewidmet. Da war dann auch manchem Befürworter dieser Ehrung klar: Diese politische Deutung des Steins wollte er nicht.

Gedenken galt den „Opfern von Nationalsozialismus und Bolschewismus“. Welche Blüten dieses Geschichtsbild treibt, belegt folgendes Beispiel: Einer der Helfer von SPD-Minister Noske am Mord an Rosa Luxemburg wurde im Mai 1945 von Kommunisten entdeckt und vom sowjetischen Sicherheitsdienst verhaftet. Seitdem verliert sich seine Spur, sicher nicht ohne Wissen Stalins. Ein Gerichtsurteil wäre sicher besser gewesen. Ist der Mittäter an Rosa Luxemburgs Ermordung aber deshalb ein „Opfer des Stalinismus?“ Nach den Denkmustern der Geschichtsfälscher sind es selbst Kriegsverbrecher und andere Nazigrößen, wenn sie nach Direktiven der Siegermächte durch antifaschistische Volksrichter verurteilt oder von der Sowjetarmee nach Sibirien deportiert wurden.

Viele Jahre saßen mein Freund Werner Eberlein und ich in den Sitzungen des SED-Politbüros nebeneinander. Sein Vater, ein Mitbegründer der KPD, wurde in

der Sowjetunion ermordet. Er selbst nach Sibirien verbannt. Daran litt Werner bis zur letzten Minute seines Lebens.

Er hatte aber nie etwas gemein mit Leuten, die den Sozialismus bekämpft haben. Auch nach 1989 ließ er sich nicht als „Opfer des Stalinismus“ missbrauchen. Ich kannte ihn so gut, dass ich weiß, er würde laut aufschreien, wenn sein Name und der seines Vaters unter dem Begriff „Stalinismus“ vereinnahmt würden.

Gelegentlich wird gesagt, der Gedenkstein stehe in Übereinstimmung mit dem antistalinistischen Grundkonsens der PDS. Ich bin mir da so sicher nicht. Michael Schumann, ein anerkannter DDR-Wissenschaftler, der auf dem Sonderparteitag 1989 das diesbezügliche Referat hielt, hat mehr differenziert, als das bestimmte Leute noch wissen oder wahr haben wollen. Er warnte vor der Gefahr „eines Bildes der Vergangenheit, das nur eine einzige Farbe hat“. Und er hob hervor, „dass sich die DDR den Ruf eines Friedensstaates erwarb, in dem internationale Solidarität und Antifaschismus eine Heimstatt haben“.

So frage ich mich immer wieder: Was soll der „Gedenkstein“ bewirken? Wenn ich alle bisher geäußerten Argumente dafür oder dagegen bedenke, komme ich zum Schluss: Der Stein spaltet, beschädigt die Solidarität der Lebenden und das Andenken an die Toten. Und noch wichtiger: Die merkwürdige, weil scholastische Diskussion über den antikomunistischen Kampfbegriff „Stalinismus“, die von interessierter Seite provoziert wurde, hält die Linken so wunderbar von den eigentlichen gesellschaftlichen Problemen ab. Sollte das vielleicht gar von den Ideengebern des Gedenksteins gewollt sein? Als ich am Sonntag den langen Demonstrationzug, vorwiegend junger Leute, beobachtete, die im Anschluss an das stille Gedenken unter verschiedenen Fahnen zu Liebknecht und Luxemburg gingen, da hatte auch ich einen Traum: Den vom einheitlichen Handeln der Linken. Welche Kraft für die Veränderungen dieser Gesellschaft und welche Gefahr für die Regierenden könnte von einer einheitlichen Linken ausgehen, wenn sie unter einer Fahne und nicht getrennt marschierte? Wenn sie der Maxime der Herrschenden widerstehen würde: Teile und herrsche! (Siehe Seite 9)

Bundespräsident Roman Herzog erklärte 1996 den 27. Januar, den Tag an dem 1944 die Rote Armee das KZ Auschwitz befreite, zum „Tag der Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“. Seitdem wird auch in Leipzig dieser Tag würdig begangen.

Anders als in den Städten der alten Bundesländer ist uns Leipzigern ein solcher Gedenktag nichts Neues. Bereits am 29. September 1945 fand hier die erste Gedenkfeier für die Naziopfer statt. Etwa 100 000 Leipziger gedachten auf dem erst wenige Wochen vorher so benannten Karl-Marx-Platz (Augustusplatz) mit einer Schweigeminute der Naziopfer aller Völker. In den folgenden Jahren fanden bis 1989 jeweils im September Ehrungen für die Opfer des Naziregimes statt. Auch wenn diese Feiern mehr und mehr zu einem Ritual verkamen, die Erinnerung an

27. Januar: Tag der Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft

Wider das Vergessen

die Verbrechen der Nazis wurden wach gehalten und der Jugend nahe gebracht. 62 Jahre nach der Zerschlagung der Nazi-herrschaft ist es mehr denn je notwendig, dass wir uns derer erinnern, die ihr Leben im Kampf gegen die Nazis verloren oder aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen umgebracht wurden. Dieser Aufgabe stellt sich seit rund zwei Jahren in Leipzig eine kleine aber sehr aktive Arbeitsgruppe, die sich entsprechend einem fast vergessenen Stadtratsbeschluss von 2000 zum Ziel setzte, alle Naziopfer in einem Gedenkbuch zu erfassen. In der Arbeitsgruppe arbeiten ehrenamtlich die Israelitische Religionsgemeinde Leipzig, der Stadtvorstand des Bundes der Anti-

faschisten in Sachsen, der Förderverein Dr. Margarete Blank e.V. / Gedenkstätte für Zwangsarbeiter Leipzig, das Archiv Bürgerbewegung e.V. mit der Aktion Stolpersteine, der Psychiatriekoordinator des Gesundheitsamtes Leipzig und vier Bürger, die sich einschlägigen Forschungsgebieten verschrieben haben.

Die Gruppe einigte sich, das Gedenkbuch weiter zu fassen als in anderen Städten, in denen zumeist nur die politischen Opfer und die des Holocaust aufgenommen wurden. Wir werden in Leipzig auch die Opfer unter den Sinti und Roma, der Euthanasie, der Zeugen Jehovas, der Homosexuellen und der Wehrmachtsjustiz aufnehmen. Außerdem werden die in Leipzig umge-

brachten oder an den Haftfolgen gestorbenen KZ-Häftlinge, Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter geehrt. Allein die letzte Gruppe umfasst etwa 3500 Opfer.

Unsere Datenbank enthält bereits 1134 Namen mit Kurzbiografien. Gegenwärtig fehlen vor allem Informationen und Hinweise zur Volksgruppe der Sinti und Roma sowie jener Leipziger, die wegen ihrer geschlechtlichen Orientierung verfolgt und von den Nazis zu Tode gebracht wurden. Aber auch zu Opfern der Wehrmachtsjustiz, der Euthanasie und zu politisch Verfolgten ist die Arbeitsgruppe für jeden Hinweis dankbar. Hinweise werden unter der Telefonnummer 8629201, App. 12, oder der E-mail-Adresse guenter.schmidt@leipzig.de gern entgegen genommen.

DR. DIETER KÜRSCHNER,
MITGLIED DER ARBEITSGRUPPE

LESER MEINEN

Er redete nicht falsch Zeugnis

Stanislaw Wielgus, ursprünglich als Warschauer Erzbischof vorgesehen, soll nun also auch „Stasi“-Kontakte gepflegt haben – zum polnischen Ministerium für Staatssicherheit allerdings. Im Fall des katholischen Theologen und Kirchenmannes, des Vorsitzenden des wissenschaftlichen Rates der polnischen Bischofskonferenz und Professors für Philosophie, gilt zu beachten, dass das Sicherheitsministerium etwa bei Auslandsreisen von Vertretern der katholi-

schen Kirche natürlich mitzureden hatte. Von daher waren Kontakte naheliegend. Wielgus aber gab keine schriftlichen Beurteilungen von Personen an die Staatssicherheit weiter, verstieß nicht gegen das achte Gebot „Du sollst nicht falsches Zeugnis reden wider deinen Nächsten“. Eine strafbare Tat liegt also nicht vor. Insofern halte ich die medienwirksame Aufregung auch in diesem Fall für nicht sehr sachdienlich und hilfreich. H.GERATHEWOHL, LEIPZIG

LN. Am Abend des 8. Januar wurden in Leipzig an verschiedenen Abgeordnetenbüros von CDU, SPD, Grünen und FDP großformatige Aufkleber „Stop! Große Koalition! Von 345 Euro kann kein Mensch vernünftig leben“ angebracht. Ein Teil der davon wurde sehr schnell entfernt! Am Bauzaun City-Tunnel Wilhelm-Leuschner-Platz prangte der Aufkleber noch einen ganzen Tag lang. Am Stadtbüro und am Kraemer-Laden in der Kupfergasse war es schon am Morgen wieder verschwunden Die bundesweite Aktion „Mit Widerstand ins Jahr 2007 (die-soziale-bewegung@web.de) begann am 2. Januar.

Mit Widerstand ins Jahr 2007



Foto: Eiltzer

Veröffentlichung gemäß § 8 des sächsischen Pressegesetzes

Leipzigs Neue wird vom Projekt Linke Zeitung e. V. herausgegeben. Der Verein besitzt kein Kapital. Leipzigs Neue finanziert sich ausschließlich aus den Vertriebs- und Anzeigenerlösen sowie aus Spenden.

Es wurde gekichert und gegriert. Ein Teil des Publikum amüsierte sich auch in Leipzig wie Bolle über das Versagen beim versuchten Akt mit Eva. Nur war bei diesem Sündenfall die Eva „braun“ und der Adam ein „braunauer“ Adolf. „Ich wollte einerseits diese so grausliche Zeit darstellen, sie aber andererseits von Respekt und Ehrfurcht befreien, sie durch Lachen ad absurdum führen“, erläutert der Filmregisseur Dani Levy seinen neuesten Film „Mein Führer – Die wirklich wahrste Wahrheit über Adolf Hitler“. Und er besetzt in diesem Film wahrlich kontrovers. Zum einen wird die intelligente Knallcharge Helge Schneider zum „Führer“ wider Willen durch einen frei erfundenen jüdischen

„Irrungen des Nationalsozialismus“ zu illustrieren. Dieser Versuch misslang. Trotz dreimaliger Vorlage bei der so genannten Freiwilligen Selbstkontrolle boten diese 75 Minuten nicht mehr als oberflächliche und geschichtsfälschende Bildbetrachtung. Am Tag seiner Uraufführung stoppte der damalige Bundesinnenminister Schröder die weiteren Vorführungen, weil der Film besonders im ersten Teil wie „eine Verherrlichung des Nationalsozialismus“ wirke. Übrigens der filmhistorisch erste Versuch der damaligen BRD, einen politisch ohne Zweifel zweifelhaften Film zu verbieten. Dafür war dann gezwungenermaßen der Innenminister als Filmminister zuständig. Für Kultur gab es damals noch keinen.



Der Hitlerbart ist ein Produkt der Abrüstung, knapp und zackig wie die Tagesbefehle der SA. Aber das ist die neu-sachliche Kargheit. Es ist das unsachliche Missverhältnis zwischen kleinem Fonds und großer Lippe. Chaplinisch.

Schriftsteller
Rudolf Arnheim (1932)

Soldaten! Macht Euer Leben nicht diesen Gewaltmenschen zum Geschenk. Soldaten, Ihr seid keine Tiere! Ihr seid Menschen! Seid ohne Hass! Nur jene hassen, die nicht geliebt werden.

Ich möchte, wenn es möglich ist, jedem helfen; Christen wie Juden, Schwarzen wie Weißen. Wir haben den Wunsch einander zu helfen. Die zivilisierten Menschen sind so ...

Filmdarsteller
Charlie Chaplin (1940)

Die neue Generation in den Chefetagen der Fernsehanstalten und Verlagshäuser ist mit gewissen Tatsachen aus der Vergangenheit nicht vertraut. Das ist ihr nicht vorzuerwerfen. Es ist jedoch eine eigenartige Erfahrung für mich, wenn ein Mitglied des Aufsichtsrates in einem Verlagshaus meine Dokumentation „Mein Kampf“ aus dem Katalog streichen möchte, weil er überzeugt ist, dass ein Film, der „Mein Kampf“ heißt, die Nazis wohl verherrlichen müsse

Dokumentarist
Erwin Leiser (1996)

Meiner Ansicht nach will der Zuschauer alles andere erleben als Mitleid mit Hitler. Ich will den „Rucksack“, den die Deutschen immer noch mit sich herumschleppen, etwas erleichtern. Mit subversivem Humor.

Filmregisseur
Dani Levy (2007)

Warum haben vor 70 Jahren die Leute nicht über Hitler gelacht? Sie sind auf diesen Scheiß reingefallen ... und haben es mit ihrem Leben bezahlt.

Kabarettist
Dietrich Kittner (2007)

Zwischen Kichern und Lügen

Die Wiedergeburt des Adolf H. auf der Leinwand und im DVD-Heimkino

Coach namens Grünbaum, als der Ulrich Mühe sich wirklich Mühe gibt, aber manchmal auch seine Mühe hat.

Lange gab es keine deutsche Film Premiere, über die sich die Medien bereits im Vorfeld so die Mäuler zerfetzten Auch die Nachbereitung scheint fast stabsmäßig organisiert und wurde jüngst bei „ARD-Beckmann“ – wo sonst? – durchbuchstabiert.

Nachdenken contra Amüsierwut! Letzteres siegt bei „Mein Führer“ auf den Klappsesseln der Kinosäle, wenn über „Hitler“ gekichert und gegriert wird. Aus Adolf H. wird Helge H. Man darf das Filmchen ruhig übersehen. Denn diese eineinhalb Stunden setzen die Pointen leider nie so, wie beispielsweise der alte Grantler und Komiker Karl Valentin anno 1940 in einem Dachau -Witz:

„Stell dir einen ganz großen Platz vor. Und um den großen Platz eine hohe, zwei Meter dicke Mauer. Und um die Mauer ein ganz tiefer Graben. Und um den Graben ein breiter elektrisch geladener Stacheldrahtverhau. Und auf der Mauer stehen Maschinengewehre. Und zwischen diesen Maschinengewehren patrouillieren schwerbewaffnete SS-Männer. – Aber wenn ich will, komme ich doch hinein.“

Interessant sind in diesem Zusammenhang aber ganz andere Bilder und Szenen: Beobachtet werden kann in ihnen ohne große Mühe ein Rollback zum Hitlerbild der 50er Jahre der alten Bundesrepublik und weil es so schön ist, werden die 30er und 40er Jahre gleich mit serviert.

Die erste Hitler-Biografie des bundesdeutschen Kinos hatte im November 1953 Premiere. Sie versuchte mit Hilfe alter Wochenschau- und Privataufnahmen aus der Umgebung des „Führers“ die – wie es hieß –



W warum ist diese Tatsache nach nunmehr über 50 Jahren noch erwähnenswert? Weil diese einst verbotene Geschichtsklitterung im Wohnzimmer wieder bestaunt werden darf, ganz offiziell und überall im Versandhandel zu bestellen. Man lügt gleich auf dem DVD-Cover: „Von Adenauer verboten“ und protzt „Endlich



wieder freigegeben!“ Nun sind bekanntlich Werbesprüche immer mit Vorsicht zu genießen. Aber es wird nachgelegt. Auf dem DVD-Cover steht anno 2007: „Dieser einmalige Film erzählt von den schwersten Jahren deutscher Geschichte (...) und wurde aus Bildmaterial verschiedener nationaler Wochenschauen und seltenen Privataufnahmen aus Hitlers engster Umgebung zusammengestellt. So entstand ein einzigartiges, einmaliges und authentisches Dokument der

Zeitgeschichte.“ Ist das Ganze nun als peinlicher Ausrutscher zu sehen? Die Dokumentation „Bis 5 nach 12“ findet sich in einem Rieseangebot weiterer so genannter „einmaliger Aufnahmen“. So ist seit verganginem Jahr „Die Hitler-Show“ als Präsentation der Reichsparteitage der NSDAP für 15 Euro zu haben. Nichts wird darin ausgelassen. Angefangen vom ersten Reichsparteitag 1923 bis zu den letzten Führergeburtstagen während der Kriegsjahre. Auf einer anderen Pressung berichten Piloten über Grenzerfahrungen mit dem schnellsten Flugzeug des Zweiten Weltkrieges. Es ist die ME 163, die zuerst in Peenemünde und dann in Bad Zwischenahn getestet wurde. Spielfilme, die schon vor 50 Jahren nur mit Schaudern anzusehen waren, weil sie ein Hohelied auf deutsche Kriegskameradschaft und Heldentum (zehn Jahre nach der Kapitulation!) beschworen, werden angepriesen. Nichts aus der Geschichte gelernt und heute diese Zeiten erneut mit „Helden und Führer“ übertüncht. Wie sollen sich junge

Käufer dieser Machwerke denn jemals im 20. Jahrhundert zurechtfinden, wenn ihnen solche Lehrfilme und Hakenkreuze auf die Bildschirme gehievt werden? Wie fragt ein junges Mädchen auf der großen Leinwand im Abspann des Dany-Levi-Films „Mein Führer“: „War der Adolf Hitler nicht Dachdecker?“ Wer gibt ihr eine Antwort, und wie muss die lauten, im w a h r s t e n Sinne des Wortes?

• MICHAEL ZOCK

Änderung

(LN)Die Schlagzeilen und Nachrichten auch aus Sachsen machen es zur allerersten Bürgerpflicht, sich gegen rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Aktivitäten zur Wehr zu setzen, sowie eine Wiederbelebung und Verbreitung nationalsozialistischen Gedankengutes nicht zuzulassen.

Wie schwierig das ist, und in bestimmten Lebenssituationen von jedem engagierten Bürger Mut und Haltung erfordert, ist unübersehbar.

Erst jüngst wurden zwei Leipzigerinnen für ihr diesbezügliches Engagement mit dem „Courage-Preis“ gewürdigt.

Dieser LN Ausgabe ist ein Unterschriftenbogen zum **Volksantrag „Courage zeigen“** beigelegt. Die Redaktion bittet um Beachtung und Engagement. Die Liste mit den gesammelten Unterschriften an:
Liebnecht-Haus-Leipzig
Braustraße 15
04107 Leipzig
zurücksenden.

der Verfassung

Angesichts erneuter Naziaktivitäten um eine Bornaer Immobile dieser Tage und anderer Vorhaben von NPD und Republikanern in Sachsen und Leipzig ist es dringend geboten im herausgehobenen Gesetz unseres Landes, der Sächsischen Verfassung, klar und unmissverständlich zum Ausdruck zu bringen:

Aggressiver Ausländerhass, Geringschätzung nationaler Minderheiten, rechtsextreme Gewalt, das Leugnen des Holocaust und des verbrecherischen Charakters des so genannten Dritten Reiches darf kein normaler Bestandteil der Lebenskultur in dieser Gesellschaft sein. Das gehört in die Verfassung des Freistaates Sachsen.

Überraschung und Unbehagen

Bürger diskutierten mit Experten über Brühl-Pläne

Das zeigte sich Herbert Appelt sehr überrascht. Das Aufsichtsratsmitglied der „Management für Immobilien AG“ (MFI) aus Essen kannte solches Gedränge bei einer Projektvorstellung in anderen Städten nicht. Die ehrwürdige Leipziger Handelsbörse platze an diesem Abend aus allen Nähten, als die Zukunft des Brühl-Areals diskutiert wurde. Der Mann, der eine Firma vertritt, die deutschlandweit Kauflandschaften initiiert, kennt auch das Leipziger Pflaster, denn das Paunsdorf Center trägt bereits seine Unterschrift. Der fast dreistündige Abend in der Börse lief nach einem Ritual ab, das zunehmend für die interessierten Bürger mit Unbehagen verbunden ist. Fachleute mit Fachverstand sprachen – assistiert von Computer, Diagrammen und Tabellen – nicht über ein historisch gewachsenes und auch immer wieder zerstörtes Herzstück Leipzigs, sondern über Umsatz

erwartungen, Handelsbilanzen, Verkaufsflächen und Passantenfrequenzen sowie Umverteilungsquoten. „Das neue Einkaufszentrum am Brühl braucht einen Soll-Umsatz von knapp 90 Millionen Euro. Das bedeutet sowohl eine Erweiterung des Einzugsgebietes über die Stadtgrenzen hinaus, als auch eine Umverteilung der Verkaufserlöse im Stadtgebiet“, so erläuterte es Dr. Bauer von der „Gesellschaft für Markt- und Absatzforschung“, die ein dickes Gutachten im Auftrag des Investors (MFI) erarbeite. Als die Luft in der überfüllten Handelsbörse zum Schneiden war, machten im letzten Drittel des Bürgerforums die ungedulden und unzufriedenen Leipziger ihrem

Herzen Luft.

So konnte sich eine Anwohnerin, des Eindrucks nicht erwehren „dass es hier nur um Umsatz geht.“ Ein anderer Bürger brachte in Erinnerung, dass es am südlichen Innenstadtkern mit dem ehemaligen C & A -Kaufhaus ein weiteres ungenutztes und offenbar unverkäufliches Warenhaus gibt. Auch das



Die Konsumgesellschaft ist Verzicht auf den Verzicht ... bald auch überdimensioniert am Brühl?

Repro:LN Archiv

neue Kaufhaus mit „K“ das erheblich größer rekonstruiert wurde als gedacht, benötige noch mindestens drei Jahre Anlaufphase, um Verkaufsgewohnheiten analysieren zu können.

Es ist provinziell, wenn die Leipziger auch an diesem Abend gegenüber solchen neuen Riesenläden befürchten, dass unverwechselbares einmaliges und ehemaliges Stadtflair verlorengeht. Einstmals berühmte Namen, nicht von Konzernen, sondern von Einzelhändlern, prägten gerade auch das Zentrum Leipzigs: „Waffen-Moritz / Gummi-Klose / Corso-Konditorei / Samen-Koch.“ Sie haben längst aufgegeben. „Bitte nicht noch mehr Verkaufsfläche für Läden und Marken, die wir schon

am Hauptbahnhof oder in den zehn(!) Einkaufszentren rund um das Stadtgebiet vorfinden.“ So mahnten einige der Anwesenden.

Das Areal rund um den Brühl war auch immer eine attraktive und beliebte Wohngegend. Lang ist es her und der Vertreter der LWB war an diesem Abend auch der zurückhaltendste in der Diskussion. Ist Wohnen (bezahlbar!) am Brühl für immer vorbei? Nicht nur diese Frage blieb ungeklärt. Auch die zahlreichen geäußerten Anregungen zu Kultur und Lebensart wurden durch Bürgermeister Martin zur Nedden zwar dankbar aufgenommen, aber mit der Bemerkung: „Man stehe ja erst am Anfang des großen Projektes“, ins Zukünftige verdrängt.

Viele Leipziger sehen auch die Gefahr, dass die historische Hainstraße demnächst nur noch zum langweiligen „Zubringer“ für das künftige Shopping-Center verkommen wird.

Dieser erste Abend war natürlich überfordert, all das Vorgebrachte der Fachleute und Aufgestaute der Bürger in Einklang zu bringen. Aber sowohl der Andrang, das Engagement, als auch das artikulierte Unbehagen rund um den „Brühl“, sollten von den Verantwortlichen sehr sorgfältig analysiert und bedacht werden. Der Brühl war in dieser Stadt immer etwas anderes als ein purer Einkaufsmarkt. Er darf auch demnächst nicht zu einem solchen verkommen. • JOACHIM MICHAEL

Das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft ist Kauf und Verkauf.

Kalinin 1933



Einst als Kulturpavillon der CSSR ein Magnet. Heute bleibt nur noch der Abriss. Ein Schandfleck der Hainstraße vor dem Brühl..



Leer und verwaist diese ehemaligen Schaufenster. Sie haben nichts mehr anzubieten außer Tristesse.



Einst ein Modetempel für den Herren, jetzt haben sich Charme und Chick längst verzogen. Wann wird auch hier abgerissen ?



Tausende strömten täglich durch diese Eingänge. Die „Blechbüchse“ bleibt im neuen Projekt erhalten.

Fotos: Gerhard Märker

GEFRAGT - GEDACHT - GESAGT ... LN-BRÜHL-Meinungsspektrum

- Fachgeschäfte aus der Region geben dieser Stadt ihr unverwechselbares Gesicht, das darf nicht noch mehr verloren gehen.
- Können hier nicht Wohnungen für Senioren gebaut werden?
- Die Leuchtschrift „Willkommen in Leipzig“ – auf Französisch, Englisch und Russisch – bleibt erhalten.
- Eine Erweiterung des grünen Gürtels um den Stadtring ist unbedingt anzustreben.
- An diesem Projekt ist bisher nichts von Kinderfreundlichkeit zu erkennen.
- Der neue Brühl ist für uns kleine Händler kein Segen. Wir befürchten Umsatzeinbußen bis zur Pleite.
- Leipzig ist eine Stadt der Kultur und nicht nur des Kaufens. Ist denn nur noch der Umsatz interessant?
- Mit den vorhandenen Kaufhäusern Karstadt im Süden, Kaufhof in der Mitte und Brühl im Norden gibt es bereits drei Einkaufsmagnete im Stadtkern. Hier ist das leerstehende C & A noch nicht einmal mit einbezogen.
- Der am Brühl vor 2003 erfolgte Auszug vieler Mieter war der Tatsache geschuldet, dass die LWB seit der Wende eine Instandsetzung hinauszögerte, um später die ungeliebte Platte zu entsorgen.
- Zukünftig nur noch Einkaufen in Beton und Glashöhlen? Wobei eine der anderen gleicht!
- Wovon sollen die Leipziger denn die Angebote der neuen zig Tausend Verkaufsquadratmeter bezahlen?
- Architekturbüros aus Leipzig müssen auch eine unübersehbare Chance beim Projekt erhalten.
- Wie wird die Erinnerung an das Richard Wagner Geburtshaus in das künftige Areal integriert?
- Im Paunsdorf Center ist der Kultur-Wert gleich Null. Beim Brühl-Projekt bitte besser gegensteuern.



Ein neues Gefühl ...

... für „Oben“ und „Unten“ spürte ich im Januar an einem Donnerstag. Es erwischte mich am Bayrischen Bahnhof bei der Tunnel-Taufe. Da standen Hunderte Leipziger als „Oberschicht“ und schauten in die Tiefe nach der „Unterschicht“. Oben, lauter Bürger und unten, lauter Verantwortliche. Der Anlass war offiziell und mit unübersehbar langer Leitung im Stadtbild ja bestens vorbereitet. Alle wissen: Die Leipziger Unterwelt wird ab sofort mit einem Riesenmaulwurf vom Bayrischen Bahnhof aus angebohrt. Das „City-Tunnel-Tauf-Protokoll“ fand an diesem Vormittag in zehn Meter Tiefe statt. Lautsprecher für schöne Worte waren unten aufgebaut. Oben – zu ebener Erde – artikulierte sich Volkes Stimme. Die Töne konnten nicht zusammenkommen, denn alles war polizeilich abgesperrt. Unten wurde müde geredet. Oben wurde munter gelästert: „Ob denn auch der bayrische Ministerpräsident Stoiber den Weg als Taufpate zum Bayrischen Bahnhof gefunden habe?“, „Die oben ahnten damals schon, dass d e r bald nicht mehr zum Protokoll gehört. Und wie steht's da mit den anderen „Oberen“ unten am Tunnelleingang ...?“

Euer Lipsius



Handwerk im Wechselbad

Noch immer kein Wirtschaftswunder in Sicht

Sie ist üblich, die Konjunkturanalyse der Handwerkskammer zum jeweiligen Jahresende. Das Ganze natürlich wieder ein Zahlenspiel und nicht leicht zu lesen. Trotzdem in der Tendenz – wie immer – nicht uninteressant. Und immer wieder verbunden mit Erwartungen und Hoffnungen für die ersten Monate des neuen Jahres. Sprich: mehr oder weniger Arbeitsmöglichkeiten. An dieser Einschätzung beteiligten sich 400 von 12299 Unternehmen des Kammerbezirkes. Zunächst erfreulich: Die Zahl der Betriebe erhöhte sich gegenüber 2005 um 35. Rund ein Drittel bewertete seine Lage mit „Gut“ und ein Fünftel mit „Schlecht“. Nach jahrelanger Talfahrt erreichte nun der Geschäftsklimaindex mit annähernd 80 Punkten wieder den Wert von 1997. Aufwind auch im wichtigen Bauhauptgewerbe. Dort bewerteten 38 Prozent der Befragten die Lage mit „Gut“. Ähnlich verhält es sich beim Ausbau. Deutlich schlechter dagegen bei der Nahrungsmittel-Branche und katastrophal beim Gesundheitswesen. Nur acht Prozent votierten da mit „Gut“.

Beim Blick auf die restlichen Gewerbe, wie KFZ- oder personenbezogene Dienstleistungen sowie Handwerke für den gewerblichen Bedarf, vergab ein Drittel die Note „Gut“. Auch die Beschäftigtenzahl stieg im Durchschnitt auf rund sieben Personen; da ist der Inhaber aber mitgerechnet. Erstmals seit zehn Jahren haben wieder mehr Firmen Personal eingestellt als abgebaut. Die Auftragslage verbesserte sich bei

einem Viertel der Betriebe, hat sich aber auch bei 28 Prozent verschlechtert. Weiterhin übertreffen die Umsatzrückgänge mit ihren 29 Prozent klar die Steigerungen mit 22 Prozent.

Interessant auch diese Zahlen: Die Aufträge reichen derzeit etwas über sechs Wochen und haben sich damit um eine Woche erhöht. Das anvisierte Ziel von drei Monaten ist allerdings noch längst nicht in Sicht.

Im vergangenen Jahr wurden 836 Firmen gelöscht, darunter 81 wegen Insolvenz. Im Hinblick auf die Stimmungen für das neue Jahr äußerte sich Kammerchef Dirschka namens seiner Firmen „kritisch und besorgt“.

Eine nicht uninteressante Position ist bei den Bilanzauswertungen die unterschlagene „Black-Box“, sprich: das Netto-Monatseinkommen der Unternehmer. Es wird künftig Versuche geben, da etwas Licht ins Dunkel zu bringen. Wenn das Einkommen, dem der Fußball-Profis entspräche, wäre es allerdings längst bekannt. Die Leipziger Handwerkskammer und die Messe GmbH laden schon jetzt alle Interessierten zur mitteldeutschen Handwerksmesse ein. Ein kleines Jubiläum, denn es ist die „Zehnte.“ Im Terminkalender bitte eintragen: 17. bis 25. Februar 2007. Diese Tage sind auch für die beliebte Verbrauchermesse „Haus-Garten-Freizeit“ anvisiert. Ein umfangreiches Bildungsprogramm gehört zum Messekatalog.



M.K. Dobisch

• J. SPITZNER

Splitter aus der Stadtratssitzung

Amtsleiter gewählt

Helmut Loris, der seit 1992 im Rathaus arbeitet, wurde als Ordnungsamtsleiter, und Dirk Müller, bisher im Dresdner Finanzdezernat tätig, als Amtsleiter der Kämmerei gewählt.

Einkaufszentrum Lindenau

Trotz vorheriger Querelen, vor allem aus der CDU-Fraktion, billigte der Stadtrat den B-Plan für ein Einkaufszentrum am Lindenauer Markt und beschloss die Auslegung für die Beteiligung der Bürger und Träger öffentlicher Belange. Auf Initiative der Stadträte C. Schulze und R. Ulrich hatte die Linke.PDS einen Ergänzungsantrag zur Verbesserung der Parkplatzsituation für Muko-Besucher gestellt, den die Verwaltung übernahm.

Hartz IV-Kosten

Nach kontroverser Debatte wurde ein Antrag der Linksfraktion.PDS beschlossen, wonach dem Stadtrat jährlich im September eine Analyse der Entwicklung von Unterkunft- und Heizungskosten von Hartz IV-Betroffenen vorgelegt wird.

Steuern

Einstimmig beschloss der Stadtrat auf Antrag der Linksfraktion.PDS, dass sich der Oberbürgermeister bei der Bundesregierung für eine Verlängerung der Grunderwerbsteuerbefreiung bei Fusion von Wohnungsunternehmen und -genossenschaften einsetzt. Starke Wohnungsunternehmen können somit den Stadtbau befördern und das Wohnungsangebot für die Bürger verbessern.

Irritierter Bürgermeister

Es wurden auch im vergangenen Jahr durch die Leipziger Agentur für Arbeit und die ARGE Leipzig bereitgestellte Gelder für die Beschäftigungsförderung nicht genutzt. Es gab stattdessen einen Scheck aus Leipzig über insgesamt 15 Millionen Euro nach Nürnberg. Umgerechnet ein Viertel der Gesamtsumme. Leipzig liegt damit hinter anderen sächsischen Amtsbezirken. Auf der ersten Stadtratssitzung dieses Jahres hatte der Bürgermeister für Wirtschaft und Arbeit offenbar Probleme, die Bundesagentur für Arbeit und ARGE auseinanderzuhalten und die von der Agentur und der ARGE zurückgeführten Mittel klar zu trennen. Er bezeichnete daher die genannte Summe von 15 Millionen als nicht zutreffend. Offenbar ist Herr Albrecht nach vier Monaten im Amt noch nicht in der Lage, die beiden Institutionen – eine Bundesbehörde, die für Kurzarbeitslose zuständig ist, und eine, die von der Bundesagentur und der Kommune gemeinsam für die Betreuung der Langzeitarbeitslosen und anderer ALG-II-Empfänger gebildet wurde, in ihrer Verantwortung und Arbeitsweise auseinanderzuhalten. Peinlich für den Bürgermeister, aber existenziell für die Betroffenen.

• W. D.

Gegen Todesstrafe

Für dieses Jahr ist an der ehemaligen Justizvollzugsanstalt in der Alfred-Kästner-Straße ein Schild geplant. Zwischen 1960 und 1981 wurden dort 66 Todesurteile vollstreckt. Darunter waren auch NS-Verbrecher und Sexualstraftäter. Die Linkspartei plädiert aus diesen Gründen für eine Differenzierung der Bewertung dieser Urteile unter Berücksichtigung der damaligen Rechtslage. „Ein ehrendes Gedenken für alle Hingereichten gemeinsam sei deshalb unmöglich.“

Auf den Zuhörertribünen wurde von den Leipzigern ein kleiner Unterschied mit Interesse aufgenommen, dass an dieser Stelle keine Gedanktafel beabsichtigt ist, sondern es nur ein Hinweisschild geben wird.

Nach einer intensiven und kontroversen Diskussion der Stadträte fand dieses Vorhaben schließlich Zustimmung. Für die historische Prüfung und Auseinandersetzung mit dem Thema wurde die Zusammenarbeit des Kulturbundes mit Experten des Stadtgeschichtlichen Museums und Stadtarchives angeregt. Erste Recherchen beginnen in diesen Tagen. Im Ergebnis dieser Kooperation wird im Text der Tafel eine prinzipielle Ablehnung der Todesstrafe zum Ausdruck kommen, für die sich alle Parteien im Stadtrat aussprachen.

• M.

Ehemaliger LVZ-Chefredakteur ist tot

In einem Krankenhaus in Hennigsdorf bei Berlin starb am 5. Januar der 92jährige Gerhard Dengler. Unmittelbar nach dem Kriegsende war er einige Jahre Chefredakteur der *Leipziger Volkszeitung* und von 1953 bis 1958 Korrespondent des *Neuen Deutschland* in Bonn; später wurde er Vizepräsident des Nationalrates der Nationalen Front. Dort war er seit 1959 zuständig für die Westarbeit. In dieser Eigenschaft war er maßgeblich am Zusammentragen der Biographien von 1200 faschistisch belasteten Personen in Staat, Wirtschaft, Verwaltung, Armee, Justiz und Wissenschaft beteiligt. In den 60er Jahren leitete er in der DDR die Arbeitsgruppe, die das „Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und Westberlin“ erarbeitete. Im Reprint der dritten Erweiterten Auflage, in der *edition ost* erneut verlegt, erklärte er, dass er ohne jede Einschränkung zu dieser Publikation stehe: „Die Fakten stimmen. Nichts ist hinzugefügt, nichts weggelassen worden.“

Dengler hatte als Hauptmann in der 6. Armee im Januar 1943 in Stalingrad mit seiner Einheit kapituliert. Als einer der noch lebenden Wehrmachtsoffiziere, die Zeugnis über die Wende des zweiten Weltkrieges ablegen konnten, stand er in den letzten Jahren vielen internationalen Kamerateams als Augenzeuge zur Verfügung. Unmittelbar nach Gründung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ 1943 hatte er sich dieser antifaschistischen Widerstandsbewegung angeschlossen; er wurde daraufhin in Deutschland in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Sein letztes ausführliches Interview, im Dezember 2006 mit ihm geführt, erscheint demnächst in einem Buch seines Freundes Dr. Rudolf Pallas. Dieser hatte ihm seinerzeit als Frontarzt 1942/43 zweimal das Leben gerettet.

• W. J.

Argus



Farbenprächtige Manipulation

Bunt, bunter, am buntesten – so kommt es seit Mitte des Monats daher, das hiesige Monopolblatt aus dem Hause Springer. Springer? Ja ja, Argus weiß, dass an der Leipziger Verlags- und Druckereigesellschaft mbH & Co. KG auch Madsack aus Hannover mit 50 Prozent beteiligt ist. Doch den Hut auf, da mache sich keiner was vor, hat das Hamburger Medienimperium. Ach, wie haben sie sich in den zurückliegenden Wochen selbst bejubelt, was für eine tolle Zeitung die LVZ jetzt ist. In „frischerer Anmutung“ könne sie sich jetzt präsentieren, schwadroniert ihr Chefredakteur und preist die „Neuerungen“ wie sauer Bier: Vierbuch-Produktion – alle Seiten in farbigem Druck – übersichtliche Seitengliederung. Damit hoffen sie nun in der Konzernzentrale, den seit Jahren ungebrochenen Niedergang des Blattes aufzuhalten. Verkaufte die LVZ im ersten Quartal 1995 noch 376 200 Exemplare, so waren es vier Jahre später – wiederum im ersten Quartal – nur noch 306 600 Exemplare. Doch damit hatte der Niedergang noch immer kein Ende gefunden. Bei über 258 400 verkaufter Auflage im dritten Quartal 2004 verlor die LVZ innerhalb von 18 Monaten weitere 50 000 Abonnenten, so dass im ersten Quartal 2006 die verkaufte Auflage gerade noch 203 200 Exemplare betrug. Bunt, bunter, am buntesten – auch das wird nicht helfen, diese Entwicklung umzukehren. Denn eines verändert dieses Farbspiel nicht, den springergeprägten schwarzen Inhalt der Leipziger Volkszeitung.

Die 17-köpfige Linksfraktion im Dresdner Rathaus liefert sich augenblicklich einen regelrechten Rosenkrieg. Acht Mitglieder, unter ihnen die Landesvorsitzende Cornelia Ernst, drohen, die Fraktion zu verlassen und eine eigene zu gründen, weil eine knappe Mehrheit die Privatisierung der Wohnungsbaugesellschaft ermöglichte. Was wiederum die große Mehrheit der etwa 1700 Dresdner Genossen auch ablehnte. Die acht hätten bis zur nächsten Kommunalwahl in zwei Jahren Zeit und Rückhalt der Basis genug, um sich selbst zu profilieren und die Woba-Verkaufs-Befürworter weiter zu isolieren. Während also einerseits die Verkündung von Spaltungsabsichten die Partei wieder auf klaren Kurs und zu inhaltlicher Arbeit zurück bringen könnte, diskutierten am vergangenen Wochenende mehr als 130 Teilnehmer beim zweiten Sächsischen Satzungs-konvent von Linkspartei.PDS und WASG Sachsen über den Prozess der Bildung der neuen Linken. Die Vereinigung soll Mitte Juni in Chemnitz erfolgen, doch die gemeinsame Satzung, gewissermaßen das Rückgrat einer Partei, ist noch heiß umstritten. Vor allem ein Punkt sorgte schon im Vorfeld für heftige

LN. Seit fast genau einem Jahr sammelt der außerordentlich engagierte sächsische Verein „Zukunft braucht Schule“ Unterschriften für einen Volksantrag „Kurze Wege für kurze Beine“. Basierend auf einem Urteil des Obergerichtes Bautzen fordert der Verein gesetzlich geregelte Obergrenzen zur Zumutbarkeit von Entfernungen und zur maximalen Dauer der Schulwege. Darüber hinaus soll die Zuständigkeit für die Finanzierung der Schülerbeförderung wieder von den Kommunen zurück in die Verantwortung der Landesregierung übertragen werden. „Die Familien, deren Kinder auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind, um in die Schule zu kommen, dürfen dafür nicht auch noch zur Kasse gebeten werden. Das ist für uns eine Grundforderung sozialer Gerechtigkeit“, so Thomas Freyer, Vorsitzender des

Sächsische Linke dieser Tage

Scheidungskrieg in der Stadtratsfraktion Dresden und Parteikonvent für Satzung der neuen Linkspartei

Kontroversen: Die Leipziger Landtagsabgeordnete Dr. Monika Runge beispielsweise vermutet hinter dem reklamierten Vorschlagsrecht des Vorstandes für die ersten 20 Listenplätze zur Landtagswahl ein tiefes Misstrauen gegenüber der Basis. Der Einfluss von Karrieristen, die ihre Mandatsabsicherung durch Netzwerke betreiben, aber keinerlei Nähe zu den Problemen der Menschen der Region haben, schüre weitere Politikverdrossenheit unter den Wählern. Da ist kaum zu widersprechen. Weshalb ein Änderungsantrag will, dass Vorstandsvorschläge von den Regionalkonferenzen zu legitimieren seien. Kein Wunder also, wenn die Landesvorsitzende der Linkspartei.PDS Sachsen, Dr. Cornelia Ernst, und das Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstandes der WASG Sachsen, Enrico Stange, den paritätisch erarbeiteten Satzungsentwurf eine streitbare Grundlage nen-

nen. Tatsächlich gingen Dutzende Änderungsvorschläge ein. Beide Politiker betonen: „Im Entwurf ist die Satzungskommission davon ausgegangen, Partizipation als Demokratieprinzip, innerparteiliche Mitbestimmung – zum Beispiel durch die Möglichkeit, Mitgliederentscheide durchzuführen – und eine stärkere Verschränkung von Partei und Fraktionen als wichtige Eckpunkte in der Satzung zu verankern.“ Kontrovers diskutiert wurden auf dem Konvent dann auch die Rechte der innerparteilichen Zusammenschlüsse, das Eintrittsalter, die Stellung des Landesrates oder eines so genannten Kleinen Parteitages, und, siehe oben, das Vorschlagsrecht des Landesvorstandes für Landeslisten. Ein wieder zu diskutierender Erweiterter zweiter Satzungsentwurf soll auf dem ersten gemeinsamen Parteitag im Juli des Jahres beschlossen werden.

• M. W.

Eine Frage an
Dr. Dietmar Pellmann,
Mitglied des Sächsischen
Landtags, Linkspartei.PDS

Was ist Bürgerarbeit?

Bürgerarbeit ist aus meiner Sicht eine Form des von der Linkspartei seit langem geforderten öffentlich geförderten Beschäftigungssektors. Insbesondere Langzeitbeitslose, die Regelleistungen und Kosten der Unterkunft gezahlt bekommen, erhalten die Möglichkeit, sinnvolle und im Interesse des Gemeinwohl stehende Tätigkeit zu verrichten. Sie erhalten einen Arbeitsvertrag und gelten in vollem Umfang als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, was Bürgerarbeit von ABM unterscheidet. Finanziert wird der Arbeitsplatz durch bisherige Ausgaben für Arbeitslosengeld II plus Kosten für Unterkunft und Heizung sowie entsprechende Verwaltungsaufwendungen. Ergänzt werden soll der Betrag aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds. Aus meiner Sicht sollte der verfügbare Nettolohn nicht nur über den bisherigen Leistungen des Arbeitslosengeldes II plus Kosten der Unterkunft liegen und den von der Linkspartei geforderten Mindestlohn übersteigen, somit armutsfest sein.

Kurze Wege für kurze Beine

Volksantrag braucht noch Unterschriften

Vereins „Zukunft braucht Schule“. Derzeit drei Viertel der 40 000 benötigten Unterschriften seien keine schlechte Bilanz, aber es gäbe Zeitverzug. Das habe verschiedene Gründe, aber Desinteresse sei bestimmt keiner, dafür spreche das große Rededebüt in Sachen Schulpolitik. Daran habe sich auch nichts dadurch geändert, dass das letzte Volksbegehren im Mai 2005 sowie eine Initiative schon vor zehn Jahren sehr knapp scheiterten. Für die Grünen allerdings ist dieses Scheitern Grund, sich diesmal nicht bei den Unterschriftensammlungen zu

engagieren. Die SPD als Regierungspartner kam auch nicht mehr ins Boot der 70 ehrenamtlichen Volksantragsaktivisten von „Zukunft braucht Schule“. Die Gewerkschaft GEW steckt zur Zeit fast alle Kraft in eine eigene Aktion für längeres gemeinsames Lernen. Bleiben als Unterstützer nur die sehr aktive Linkspartei und die FDP, auch wenn letztere nicht an Ständen sammelt. Der Weg zu einer besseren Schule in Sachsen ist mühsam. Aber, appelliert Freyer, auch die Kinder von heute dürfen nicht vergessen werden. Und kürzere Schulwege sind im Freistaat, in dem allein im Schuljahr 2005/06 200 Schulen dem Rotstift zum Opfer fielen, nicht unwichtig. Haben Sie schon unterschrieben?
Infos: www.zukunftbrauchtSchule.de
Mail: info@zukunftbrauchtSchule.de

10. Januar

Zschadraß. Die Ausstellung „Sterilisation und Euthanasie während des Nationalsozialismus – erstellt vom Clara-Wieck-Gymnasium Zwickau – ist für drei Wochen im Festsaal des Diakoniewerkes zu sehen. Die Schüler hatten entdeckt, dass von Zschadraß 1538 Menschen zur Vernichtung nach Pirna-Sonnenstein gebracht wurden.

11. Januar

Delitzsch. Holger Tschense, Ex-Ordnungsbürgermeister, darf sein Insiderwissen als ehemaliger Leiter des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Westsachsen (ZAW) wahrscheinlich nicht an dessen derzeitigen Rechtsstreitpartner, den Landkreis Delitzsch, verkaufen. Landrat Czupalla legt den Vertrag mit Tschense nach öffentlichem Druck auf Eis. Es geht dabei um einen Schaden von rund 7 Millionen Euro, den das ZAW von Delitzsch einklagt.

Leipzig. Auf dem Bayrischen Bahnhof wird die soeben auf Leonie getaufte Schildvortriebsmaschine für den City-Tunnel nach monatelanger Verspätung

SACHSEN-CHRONIK

(10. Januar bis 22. Januar)

angefahren.

Schkeuditz: Auf dem Flughafen Leipzig/Halle beginnt die Wartung der Großraumflugzeuge Antonow 124, die für die NATO auch Kriegsgerät transportieren.

13. Januar

Leipzig. Zoo-Chef Junhold spricht von einem Besucherrekord im Jahr 2006. Dafür stehen 1,76 Millionen Gäste. Im Vergleich zum Vorjahr ist das eine Steigerung um 300 000 Besucher.

15. Januar

Dresden. Die zweitägige EU-Innen- und Justizministerkonferenz stellt zum Auftakt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft Weichen u. a. für ein Verbot von Killerspielen und zur Öffnung der Grenzen für Zuwanderer. Geschlossen bekräftigten sie ihre Ablehnung der Todesstrafe.

15. Januar

Wurzen. Auf der Bundesstraße 107 in Richtung Bennewitz verbrennt ein Fahrer in seinem Auto, nachdem er an einen Baum geprallt ist.

Dresden. Der erst im Juni 2006 eingeweihte Malerweg in der Sächsischen Schweiz belegt laut einer vom deutschen Wanderverband unterstützten Wahl den zweiten Rang unter den beliebtesten Wanderwegen Deutschlands. Sieger ist der Altmühltal-Promenadenweg in Bayern.

16. Januar

Leipzig. Ein 16-Jähriger zündet in einer Hofpause auf dem Gelände der 20. Mittelschule in Schönefeld einen selbstgebauten Flugkörper. Ein Mädchen wird verletzt.

17. Januar

Dresden. Ein im Winter 2004 wahrschein-

lich an Unterkühlung verstorbener Mann wird in einer Wohnung entdeckt.

18. Januar

Dresden. Eine strenggläubige christliche Familie aus Ostsachsen darf ihre drei schulpflichtigen Kinder laut Entscheidung des Obergerichtes nicht selbst unterrichten. Religionsfreiheit rechtfertigt keine Schulverweigerung.

Pirna. Zwei Gymnasien werden nach einer vermeintlichen Amoklauf-Drohung eines Schülers geräumt. Die Polizei hatte von einem 13-Jährigen gehört, der gesagt haben soll: „Ich bin so weit, dass ich Amok laufen kann.“

19. Januar

Leipzig/Dresden. Die Bilanz des Orkans Kyrill ist auch in Sachsen verheerend. Auf dem Kamm des Osterzgebirges werden 137 km/h registriert.

22. Januar

Dresden. Ex-Regierungschef Kurt Biedenkopf tritt als Zeuge im Untersuchungsausschuss zur Affäre um die Sachsen LB auf und benennt Ministerpräsident Milbradt als zuständig für die Missstände an der Spitze der Bank.

Ein Interview mit dem neuen Leipziger Sozialbürgermeister Thomas Fabian (SPD) in der LVZ vom 19. Januar trug die Überschrift „Das Etikett Armutshauptstadt ist falsch“. Darin versucht der Bürgermeister, die von mir seit Jahren formulierte These von Leipzig als der sächsischen Armutshauptstadt zu widerlegen, ohne dass er jedoch tiefer gehende Argumente liefert. Bereits Tage zuvor hatte es in der gleichen Zeitung eine Auseinandersetzung mit dem scheidenden Vorsitzenden der SPD-Stadtratsfraktion, Joachim Fischer,

Von **DIETMAR PELLMANN**

zum gleichen Thema gegeben. Fischer befürchtete, dass eine solche Klassifizierung der Messestadt Investoren abschrecken würde.

Natürlich ist die von mir gewählte und mittlerweile auch teilweise von Journalisten übernommene Formulierung keine angenehme Beschreibung der sozialen Lage unserer Stadt. Aber sie lediglich als ein medienwirksames Schlagwort abzutun, käme einer Verdrängung der Realität gleich. Deshalb soll nachstehend versucht werden zu begründen, dass Leipzig unter den sächsischen Großstädten den relativ und absolut höchsten Anteil von Personen hat, die als arm anzusehen sind und welche hauptsächlich Ursachen es dafür gibt.

Debatten über Armut

In jüngster Zeit sind die Debatten über Armut in Deutschland erneut aufgeflammt. Verantwortlich dafür war zunächst eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, die das Vorhandensein einer Unterschicht ausmachte, was keineswegs eine neue Erkenntnis bedeutete, aber zumindest für einige Tage selbst in Regierungskreisen Krokodilstränen tropfen ließ. Als dann Anfang Dezember vergangenen Jahres das Bundesamt für Statistik meldete, dass in Deutschland mehr als 10 Millionen Menschen an oder unterhalb der Armutsgrenze von 856 Euro liegen, ging die Bundesregierung schon kurze Zeit später wieder zur Tagesordnung über, traten zum 1. Januar bekanntlich weitere erhebliche Verschärfungen für Bezieher von Arbeitslosengeld II in Kraft. Allein für Ostdeutschland wies die Studie eine Armutquote von 17 Prozent aus, während es in Westdeutschland 12 Prozent waren. Allerdings bezogen sich die Untersuchungen auf eine Datenbasis des Jahres

2004. Die gewaltigen Einschnitte, die seit Januar 2005 mit Hartz IV verbunden sind, wurden noch nicht berücksichtigt, weshalb die gegenwärtige Armutsquote noch wesentlich höher sein dürfte.

In Diskussionen wird von Vertretern der Regierungskoalition oft eingewandt, dass man Armut, wenn sie denn überhaupt vorhanden sei, gar nicht genau definieren könne, weil sie eher eine subjektive Erscheinung wäre, weil sich Menschen mit sehr niedrigem Einkommen durchaus nicht unbedingt als arm fühlen würden. Außerdem gäbe es Länder, in denen es den Menschen viel schlechter gehe, zumal die in Deutschland gewährten sozialen Leistungen Armut verhindern würden. In Sachsen gäbe es bestenfalls die so genannte verdeckte Armut, wenn Menschen ihre Rechtsansprüche auf Sozialhilfe nicht wahrnehmen.

Leipzig – sächsische Armutshauptstadt Realität oder Übertreibung?

Derartigen Vernebelungs- und Beschwichtigungsversuchen ist entgegenzuhalten: Für eine wissenschaftliche Betrachtung ist es nicht vordergründig von Belang, wie Betroffene subjektiv zu ihrer Lebenssituation stehen. Es wird immer Menschen mit unterschiedlichen Ansprüchen und Bedürfnissen geben. Entscheidend sind aber die in der EU einheitlich geltenden Kriterien, wonach als arm gilt, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens eines Landes zur Verfügung hat. Das ergab dann für Deutschland 856 Euro monatlich für eine Einzelperson und 1798 Euro für einen 4-Personen-Haushalt mit zwei Kindern.

Leipzig im sächsischen Großstadtvergleich

In einen solchen Vergleich, wenn er seriös sein soll, kann eigentlich nur Dresden, bestenfalls noch das halb so große Chemnitz einbezogen werden. Und wenn von Leipzig als sächsischer Armutshauptstadt gesprochen wird, dann meint dies lediglich den Vergleich mit den anderen beiden Großstädten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass für das vergangene

Jahr noch keine endgültigen Daten zur Verfügung stehen, sich aber die Tendenz eher verfestigt hat. Im Rahmen eines solchen Beitrages können zudem nur einige Bereiche angeführt werden.

Betrachten wir zunächst die Einkommensverhältnisse, die allerdings lediglich nach dem Mikrozensus erhoben werden. Ende 2004 betrug der Anteil der Personen, deren monatliches Nettoeinkommen unter 700 Euro lag, in Chemnitz 30,4, in Dresden 30,5 und in Leipzig 34,4 Prozent. Ein Jahrzehnt zuvor lagen diese drei Städte nahezu gleichauf.

Bei der bis Ende 2004 gezahlten Sozialhilfe lag Leipzig mit großem Abstand vorn. In diesem letzten Jahr der alten Regelung der Trennung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe betrugen die Sozialhilfeausgaben in Leipzig 114,7 Millionen Euro, in Chemnitz 30,5 Millionen Euro

und in Dresden 58,6 Millionen Euro.

Auch bei den Bedarfsgemeinschaften und der Bezieher von Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld hält Leipzig den Negativrekord. Anfang 2006 gab es in Chemnitz 19 224 Bedarfsgemeinschaften mit 32 445 Mitgliedern, in Dresden waren es 32 742 mit 54 368 Personen und in Leipzig 47 897 mit 79 917 Anspruchsberechtigten. Ende September vergangenen Jahres hatte Leipzig 49 223 Bedarfsgemeinschaften; in Chemnitz waren es 19 720 und in Dresden 34 307. Daraus ergibt sich auch eine sehr unterschiedliche Belastung der jeweiligen städtischen Haushalte. Allein auf die Kosten der Unterkunft, die von den Kommunen zu tragen sind, entfielen 2005 in Leipzig 146 Millionen Euro, in Chemnitz 56 und in Dresden 98 Millionen Euro.

Schmerzlich sind die Unterschiede bei Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren, die Anfang 2006 Arbeitslosengeld II bezogen. In Chemnitz waren das 5585, in Dresden 9652 und in Leipzig 13 170.

Obwohl gegenwärtig von Altersarmut als Massenerscheinung noch keine Rede sein

kann, steigt die Zahl derer, die auf die so genannte Grundsicherung im Alter oder wegen Behinderung angewiesen sind. Ende 2005 waren es in Chemnitz 1173, in Dresden 1987 und in Leipzig 2611.

Diesen verschiedenen Angaben ist gemeinsam, dass alle, die auf derartige Hilfen angewiesen sind, als arm gelten. Hinzu kommen noch jene, die zwar keine Hilfeleistungen beziehen, aber deren Einkommen dennoch unterhalb der Armutsgrenze liegt, weil sie entweder keine Leistungen beantragt haben oder ihre Entlohnung sehr niedrig ist. Insofern ist es schwierig genau zu bestimmen, wie viele Menschen im jeweiligen Gebiet als arm gelten. Eines lässt diese Datenauswahl aber mit Sicherheit erkennen: Leipzig hat in diesem Städtevergleich generell schlechtere Werte als Dresden und auch als Chemnitz.

Ursachen für Leipzigs Lage

Die Ausgangssituation in Leipzig war am Anfang der neunziger Jahre nicht schlechter als die in den anderen beiden sächsischen Großstädten. Dass sich dies zu Ungunsten der Messestadt verändert hat, liegt sowohl an einer Benachteiligung durch die Landesregierung, wenn allein die Summe der Fördermittel herangezogen wird. Aber in Leipzig selbst wurden verhängnisvolle Fehler begangen, die noch lange nachwirken werden. Der fast völlige Abbruch der einstigen industriellen Basis konnte auch durch einige Neuansiedlungen nicht annähernd kompensiert werden. Zugleich erwies sich die Hoffnung auf den Ausbau als Dienstleistungs-, Banken- und Medienstandort als trügerisch. So hat Leipzig inzwischen eine wesentlich höhere Arbeitslosenquote als die beiden anderen sächsischen Großstädte. Dies dürfte sich in den nächsten Jahren kaum wesentlich ändern.

Um aus der gegenwärtigen Misere heraus zu kommen braucht Leipzig einen langen Atem und keine Beschönigungen. Allein aus eigener Kraft dürfte der Aufbruch kaum gelingen, denn Ende 2005 betrugen die Schulden Leipzigs pro Kopf der Bevölkerung alles in allem 3177 Euro, während es in Chemnitz und Dresden nur rund 2000 Euro waren. Wer allerdings glaubt, die Haushaltslage durch radikale Privatisierung kommunalen Eigentums dauerhaft zu entspannen, könnte ein böses Erwachen erleben. Nur auf der Grundlage eines starken kommunalen Wirtschaftssektors lassen sich langfristig auch eigene finanzielle Beiträge zur Linderung von Armut erzielen.

Leser werben Leser Leser werben Leser Leser werben Leser

Wir haben keine Millionen und auch kein Porzellan, das wir auf Wettiner Art zurückfordern können, um es zu versilbern.

Wir haben 1000 Ideen und ein kleines Team, das im kommenden Jahr fünfzehn wird.

Wir brauchen Ihr Engagement, um unsere Leserschaft zu vergrößern

Wir können keine Straßenbahnen besprühen.

Wir wollen auch nicht 1000 Plakate kleben.

Wir setzen auf's Weitersagen und Ihre Leselust.

Aber: Wir öffnen eine große Bücherei



und spenden jedem LN-Leser für einen neuen LN-Abonnenten tolle, von den Autoren signierte Bücher



und CD, die uns der Eulenspiegel Verlag zur Verfügung stellte. Dankeschön im Namen unserer werbenden Leser.



Außerdem: Wir setzen auf Begegnung und Individualität.

Wir präsentieren LN-Werbern die uns mindestens zu drei neuen Abonnenten verholten haben die **Backkünste** unserer Chefredakteurin nebst ihrer Gesellschaft – und zum Nachtisch **Flimmernde Entdeckungen** aus unserem Film- und Fernsehlink.

Ihr Nachbar, ihr bester Freund, ihr Arbeitskollege, ihr Onkel (und von all denen natürlich die weiblichen Entsprechungen) warten schon darauf, endlich einen Leipzigs-Neue-Abschein ausfüllen zu dürfen.

Der steht auf Seite 15 und eignet sich auch hervorragend für ein Geschenkabo.

Und: nicht vergessen, draufschreiben, wer der Werber war!

Empfehlungen der Baker-Kommission

Nach der Abstrafung der republikanischen Partei bei den US-amerikanischen Kongresswahlen im November 2006 – nicht zuletzt wegen des unendlichen Blutvergießens im Irak – hatte man gehofft, dass die Vernunft endlich auch im Weißen Haus Einzug halten würde. So hatte der in Bedrängnis geratene Präsident

Von **SARKIS LATCHINIAN**

Bush eine Kommission unter Leitung des früheren Außenministers Baker beauftragt, einen Ausweg aus der Irak-Katastrophe aufzuzeigen und entsprechende Vorstellungen zu entwickeln. Im Baker-Hamilton-Bericht wurden brauchbare Empfehlungen für einen Strategiewechsel vom Krieg hin zur diplomatischen Offensive im Nahen Osten gegeben. Hierzu gehört unter anderem der Plan eines sukzessiven Rückzugs der amerikanischen Armee aus dem Irak ab 2007 und einer zeitgleich laufenden Übergabe von Machtbefugnissen an gewählte Vertreter des Irak sowie einer stärkeren Beteiligung der USA am Wiederaufbau der kriegszerstörten Wirtschaft und Infrastruktur des Irak. Vizepräsident Cheney, Mitglied dieser Kommission, hatte sich mit seinen wiederholten Bemühungen nicht durchsetzen können, von Anfang an der Kommission seine Richtung nach dem Motto zu oktroyieren: „Wir suchen nicht nach einer Exit-Strategie. Wir streben nach einem Sieg.“

Dies, obwohl die Zweifel an der Kriegspolitik selbst im Bereich des neoliberalen Blocks immer größer wurden und auch ein Teil des Militärs die unter fragwürdigen Begründungen politisch durchgesetzte Militärintervention im Irak als gravierenden Fehler ansah – vor allem wegen der dramatischen politischen und finanziellen Belastungen des nunmehr fast vier Jahre dauernden Krieges. Die Zweifel verstärkten sich zum einen wegen des deutlichen Verlusts an Rückhalt bei der Wahlbevölkerung angesichts der diversen Militärskandale der Bush-Administration, zum anderen wegen der eskalierenden Aufwendungen für den Irak-Krieg in Höhe von 320 Milliarden Dollar. Damit wurden alle Kostenschätzungen der Bush-Administration um ein Vielfaches übertroffen, und der Militäreinsatz im Irak wird wesentlich mehr kosten als die entsprechenden „Investitionen“ im Korea- und Vietnam-Krieg.

Bushs neue Irak-Strategie

In seiner mit Spannung erwarteten Fernsehansprache am 10. Januar ignorierte Bush alles, was Experten, Oppositionsmehrheit im Kongress und US-Öffentlichkeit wollten und hofften. Fast vollständig setzte er sich über die Empfehlungen der Baker-Kommission hinweg. Er hielt sich ziemlich genau an ein Papier, das Anfang Januar 2007 vom neokonservativen „American Enterprise Institute“ unter dem Titel „Den Sieg wählen. Ein Erfolgsplan für den Irak“ vorgestellt worden war.

In seiner angekündigten Änderung der bisherigen Irak-Strategie bekannte sich Bush erstmals zu Fehlern in der Irak-Politik und übernahm höchstpersönlich die Verantwortung dafür. So gab er unter

anderem zu, dass die Bemühungen um mehr Sicherheit in der irakischen Hauptstadt gescheitert seien, weil „nicht genügend Truppen dafür“ eingesetzt worden seien. Deshalb sollen insgesamt zusätzlich 21 500 Soldaten in den Irak entsandt werden. Und anders als zuvor sollen diese Truppen das klare Mandat erhalten, den irakischen Streitkräften bei der Befriedung Bagdads zu helfen.

Präsident Bush folgt mit dieser sogenannten neuen Strategie der Aufstockung der Irak-Truppen erstmals nicht dem Rat seiner Generalität, die sich zuvor gegen eine Truppenverstärkung ausgesprochen hatte. Ein Abzug würde „dieses Land auseinanderreißen und zu massenhaftem Tod von unvorstellbarem Ausmaß führen“, behauptete Bush. Die Verstärkung der Truppen könne dazu beitragen, den

Bush steuert mit „neuer“ Irak-Strategie alten Kriegskurs

Kreislauf der Gewalt zu durchbrechen und die „Ankunft des Tages zu beschleunigen, an dem unsere Truppen mit der Heimkehr beginnen werden“.

Damit wendet sich der Präsident nicht nur gegen Forderungen der Demokraten, ein Ende der US-Militärpräsenz im Irak einzuleiten. Er stößt zugleich auf den Widerstand in der US-amerikanischen Öffentlichkeit. Nur zwölf Prozent der US-Bürger befürworten die Entsendung weiterer Soldaten nach dem Irak. Fast zwei Drittel der US-Amerikaner sind gegen eine Truppenaufstockung. In dieser Brückierung der amerikanischen Gesellschaft hat Präsident Bush das Grundgesetz auf seiner Seite. Er besitzt die größte Macht in den USA. Er ist Chef des Staates, der Regierung und der Streitkräfte. Er – aber auch der Senat – kann jedes Gesetz durch sein Veto stoppen. Er weiß, dass er als Republikaner sich in den letzten beiden Jahren seiner Amtszeit mit der Mehrheit der demokratischen Partei im Senat und im Repräsentantenhaus arrangieren und Kompromisse mit ihnen suchen muss. Denn ohne die Zustimmung des Repräsentantenhauses kann kein Gesetz in Kraft treten.

Uneinige Demokraten

Die Demokraten sind in der Irak-Frage sehr geteilter Meinung. In Bezug auf die Ankündigung des Präsidenten Bush, die Streitkräfte im Irak aufzustocken, meint ein großer Teil von ihnen, Bush habe offensichtlich die Botschaft der Wähler nicht verstanden. Diese kritisieren ihn dafür, dass er schon zum dritten Mal in seiner Amtszeit eine Truppenverstärkung im Irak angekündigt hat. Zweimal brachte diese Maßnahme kein positives Ergebnis. Deshalb riefen sie neuerdings den Kongress dazu auf, dem Präsidenten die notwendigen Finanzen für die Truppenverstärkung zu verweigern. Bushs Schritt zur Aufstockung der Truppen um 21 500

Soldaten beinhaltet nämlich neue Ausgaben in Höhe von 6,8 Milliarden Dollar (5,2 Milliarden Euro).

Allerdings kennt Bush die genaue Lage der Dinge bei den Demokraten. Denn der Irak-Krieg und die Frage nach einem Rückzug von US-Truppen stehen zum einen gar nicht oben auf der sogenannten Prioritätenliste der von nun an tonangebenden Demokraten. Zum anderen begrüßen einflussreiche Demokraten Bushs Ankündigung. Dazu gehört unter anderem Rahm Emanuel, der seit zwei Jahren seiner Partei rät, die Streitkräfte im Irak auszubauen. Auch der frühere demokratische Präsidentschaftskandidat John Kerry lobt Bush für dessen „pragmatischen Schritt“. Nur einen Tag vor der Machtverschiebung im Kongress hatte Bush in einem Beitrag für das konserva-

Praxis, einen Teil des Nahen Ostens in ein Schlachtfeld zu verwandeln, gewaltsame inner- und zwischenstaatliche Konflikte anzuhetzen und die aufständischen Kräfte in der Region zu stärken. Nach Kriegsbeginn im Irak im März 2003 hatten sich 38 Staaten mit umfangreichen Militärkontingenten an der „Operation Iraqi Freedom“ beteiligt. Inzwischen zählt die Staatenallianz nur noch 23 Mitglieder, die rund 157 500 Mann unter Waffen halten. Das mit Abstand größte Kontingent stellt mit 140 000 Soldaten nach wie vor die Führungsmacht USA. Die Ankündigung Bushs, dieses Kontingent aufzustocken, beschleunigt noch mehr die erhebliche Schrumpfung der als „Koalition der Willigen“ bezeichneten multinationalen Truppe im Irak. Großbritannien will keinen weiteren Soldaten nach dem Irak entsenden. London wolle nach „Daily Telegraph“ bis Ende Mai 2007 2700 Soldaten aus dem Süden Iraks abziehen. Damit würde die Zahl britischer Soldaten dann noch bei 4500 liegen. Südkorea – mit 2300 Soldaten noch präsent – drängt auf einen Abzug bis Ende 2007. Im Mai 2004 rückten die Spanier ab. Im Vorjahr zog Italien, einst drittgrößter US-Alliiertes, seine 3200 Soldaten ab.

Während die neue Irak-Strategie der USA in der arabischen Welt auf deutliche Ablehnung stößt, reagierte lediglich die Bagdader Regierung mit teilweiser Zustimmung. Ministerpräsident El-Maliki kündigte eine massive „Sicherheitsoperation“ an, um vor allem Bagdad von „kriminellen und terroristischen Elementen zu säubern“.

Saudi Arabien fordert Washington auf, die Irak-Politik zu überdenken. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft äußerte sich besorgt über die Gewalt im Irak, jedoch nicht direkt zur Erhöhung der US-Truppenpräsenz. Frankreich forderte eine „politische Strategie“ für Stabilität im Irak und den angrenzenden Staaten. Dem ehemaligen Berater des Präsidenten Jimmy Carter und Nestor der amerikanischen Politik Zbigniew Brzezinski ist zuzustimmen, wenn dieser die US-amerikanische Politik im Irak komplett gescheitert sieht. Unlängst meinte er: „Schon jetzt hat der Irak-Krieg die globale Legitimität amerikanischen Handelns in Frage gestellt, die amerikanische Glaubwürdigkeit unterminiert und die Vereinigten Staaten in einen Konflikt ohne erkennbares Ende verwickelt.“ Die USA und ihre Verbündeten haben im Nahen Osten einen Flächenbrand gelegt, der immer weiter um sich greift: In Afghanistan wird die Lage immer bedrohlicher, Irak befindet sich in einem Bürgerkrieg, Libanon steht an der Schwelle zum Bürgerkrieg, in Palästina herrscht permanenter Krieg, und es ist nicht auszuschließen, dass in naher Zukunft auch Syrien und Iran in Flammen stehen. Die erstmalige militärische Stürmung einer iranischen Vertretung in Erbil, im Norden Iraks, Mitte Januar und die anschließende Geiselnahme fünf iranischer Diplomaten durch US-Soldaten verspricht nichts Gutes.

Alter Krieg in neuer Verfassung

Die geplante Aufstockung der US-Streitkräfte im Irak ist die Fortführung der bisherigen Politik der Stärke. Mit mehr Geld, mehr Militär, mehr Blut – mehr hat der Präsident nicht zu bieten – will er den Sieg im Irak. Damit wird wieder einmal bestätigt, dass die USA nicht Willens sind, ihr Ziel aufzugeben, den „größeren Nahen Osten von Marokko bis Pakistan“ zu kontrollieren. Wieder ist es der „Kampf gegen den Terror“, den Bush zur Begründung der Eskalation des Irak-Krieges durch die dritte Aufstockung seiner Truppen anführt.

In ihrem bisherigen Krieg gegen den Terror haben die USA nach fast sechs Jahren mit einem Aufwand von 500 Milliarden Dollar erreicht, dass die „feindseligen religiösen Fundamentalisten“ zahlreicher und stärker, ihre eigenen säkularen und „gemäßigten“ Klientelstaaten dagegen schwächer geworden sind. Die Bush-Administration schaffte es mit ihrer

Praxis, einen Teil des Nahen Ostens in ein Schlachtfeld zu verwandeln, gewaltsame inner- und zwischenstaatliche Konflikte anzuhetzen und die aufständischen Kräfte in der Region zu stärken.

Nach Kriegsbeginn im Irak im März 2003 hatten sich 38 Staaten mit umfangreichen Militärkontingenten an der „Operation Iraqi Freedom“ beteiligt. Inzwischen zählt die Staatenallianz nur noch 23 Mitglieder, die rund 157 500 Mann unter Waffen halten. Das mit Abstand größte Kontingent stellt mit 140 000 Soldaten nach wie vor die Führungsmacht USA. Die Ankündigung Bushs, dieses Kontingent aufzustocken, beschleunigt noch mehr die erhebliche Schrumpfung der als „Koalition der Willigen“ bezeichneten multinationalen Truppe im Irak. Großbritannien will keinen weiteren Soldaten nach dem Irak entsenden. London wolle nach „Daily Telegraph“ bis Ende Mai 2007 2700 Soldaten aus dem Süden Iraks abziehen. Damit würde die Zahl britischer Soldaten dann noch bei 4500 liegen. Südkorea – mit 2300 Soldaten noch präsent – drängt auf einen Abzug bis Ende 2007. Im Mai 2004 rückten die Spanier ab. Im Vorjahr zog Italien, einst drittgrößter US-Alliiertes, seine 3200 Soldaten ab.

Während die neue Irak-Strategie der USA in der arabischen Welt auf deutliche Ablehnung stößt, reagierte lediglich die Bagdader Regierung mit teilweiser Zustimmung. Ministerpräsident El-Maliki kündigte eine massive „Sicherheitsoperation“ an, um vor allem Bagdad von „kriminellen und terroristischen Elementen zu säubern“. Saudi Arabien fordert Washington auf, die Irak-Politik zu überdenken. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft äußerte sich besorgt über die Gewalt im Irak, jedoch nicht direkt zur Erhöhung der US-Truppenpräsenz. Frankreich forderte eine „politische Strategie“ für Stabilität im Irak und den angrenzenden Staaten.

Dem ehemaligen Berater des Präsidenten Jimmy Carter und Nestor der amerikanischen Politik Zbigniew Brzezinski ist zuzustimmen, wenn dieser die US-amerikanische Politik im Irak komplett gescheitert sieht. Unlängst meinte er: „Schon jetzt hat der Irak-Krieg die globale Legitimität amerikanischen Handelns in Frage gestellt, die amerikanische Glaubwürdigkeit unterminiert und die Vereinigten Staaten in einen Konflikt ohne erkennbares Ende verwickelt.“

Die USA und ihre Verbündeten haben im Nahen Osten einen Flächenbrand gelegt, der immer weiter um sich greift: In Afghanistan wird die Lage immer bedrohlicher, Irak befindet sich in einem Bürgerkrieg, Libanon steht an der Schwelle zum Bürgerkrieg, in Palästina herrscht permanenter Krieg, und es ist nicht auszuschließen, dass in naher Zukunft auch Syrien und Iran in Flammen stehen. Die erstmalige militärische Stürmung einer iranischen Vertretung in Erbil, im Norden Iraks, Mitte Januar und die anschließende Geiselnahme fünf iranischer Diplomaten durch US-Soldaten verspricht nichts Gutes.

Von Afghanistan bis Somalia über das östliche Mittelmeer zum Persischen Golf ist die asymmetrische Bedrohung seitens der USA und ihrer Alliierten um ein Vielfaches angewachsen. Die einzige Supermacht der Welt scheint immer weniger Willens und imstande zu sein, die Eskalation des „verheerenden Krieges gegen den Terror“ einzudämmen.

Am 11. Dezember 2006 enthüllte in der Gedenkstätte der Sozialisten auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses Walter Momper einen Gedenkstein mit der Inschrift „Den Opfern des Stalinismus“.

Damit war Widerspruch programmiert. Auch, oder weil Anke Engemann, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linkspartei im Berliner Abgeordnetenhaus, diese Tafel „Kein Gegenstück, sondern Ergänzung“ der Gedenkstätte nennt.

Am Sonntag, als Zigtausende Karls und Rosas Ermordung gedachten, wurden Vergleiche kolportiert: Können man sich nun auch eine Gedenktafel für die Vertriebenen vor dem Denkmal für die sowjetischen Befreier in Trepow vorstellen? Oder: Was würde der Vatikan wohl unternehmen, wenn vor dem Petersdom der Opfer der heiligen Inquisition gedacht würde?

Auch Gegner dieses Steins wollen der Stalin-Opfer gedenken. Aber die Gedenkstätte der Sozialisten ist für sie der dafür denkbar ungeeignetste Ort.

KLAUS ULLRICH'S Sonderdruck „Störstein in Friedrichsfelde“ (zu bestellen über Spotless Verlag, PF 830, 10131 Berlin; oder Tel: 030-44010241) behandelt ebenso sachlich wie persönlich betroffen Vorder- und Hintergründe dieser „Ergänzung“ der Gedenkstätte der Sozialisten.

LN bringt mit Ullrichs Genehmigung Ausschnitte aus dieser 32-seitigen Broschüre.

Die Klaus Ullrich auf die Motive für diesen Störstein eingeht, erhellt er dessen Vorgeschichte. Sie lässt sich kurz zusammenfassen: Der Kulturausschuss der Berliner Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg traf sich am 21. 9. 2006 zu seiner 55. Sitzung. Aber am 17. September hatten die Berliner bereits einen neuen Senat gewählt.

Dennoch beschloss der nicht mehr zuständige Ausschuss die Errichtung des nun umstrittenen Gedenksteins laut eines Antrages des Förderkreises Erinnerungstätte der deutschen Arbeiterbewegung Berlin-Friedrichsfelde. Komisch nur, vor der Senatswahl war dieser Antrag nirgends aufgetaucht. Was vermuten lässt, dass da, ehe sich die Stadtregierung neu formiert, Tatsachen geschaffen werden sollten. Verwirrend. Wie auch das Versammlungsprotokoll. Er verzeichnet sieben Anwesende, die mit sechs Ja- und einer Stimmenthaltung votiert haben sollen. Es war aber ein Siebenter überhaupt nicht anwesend. Noch verwirrender: Die Antragsteller schrieben, eine denkmalrechtliche Genehmigung läge vor. Klaus Ullrich hat im Unterschied zu den Ausschussmitgliedern recherchiert: In der 936 Seiten umfassenden und am 7. Dezember 2006 letztmalig aktualisierten Liste Berliner Denkmäler befindet sich kein „Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus“.

Rechtlich scheint also auch einiges offen bezüglich dieser „Ergänzung“ der Gedenkstätte.

Nun aber wörtlich zur Broschüre:

Der Frage der Motive widmete sich in diesem Fall wohl Kompetenteste. Prof. Dr. Jürgen Hofmann, Vorsitzender des Kulturausschusses der Bezirksverordnetenversammlung. Über seine Vita infor-

Klaus Ullrich

Das Problem mit der Geschichtsschreibung

mierte Neues Deutschland.geboren 1943, ist Mitglied des Sprecherrates der Historischen Kommission beim Parteivorstand DIE LINKE.PDS und des Förderkreises Erinnerungstätte der deutschen Arbeiterbewegung Berlin Friedrichsfelde e.V. ...

Hier Auszüge aus dem Artikel des Geschichtsschreibers:

Ein kleiner Gedenkstein auf der Wiese vor der Gedenkstätte der Sozialisten, der gerade einmal 40x60 Zentimeter misst, hat eine heftige Diskussion ausgelöst, die über die Fragen der Erinnerungskultur hinaus das politische Selbstverständnis der Linken und ihre Vision einer gerechten Gesellschaft berührt.

Beginnen wir mit einer Lappalie: Der Historiker vermerkt, dass der „Störstein“

men aus dem linken Lager eine anti-kommunistische Provokation. Das Ansehen von Rosa und Karl sowie der anderen dort Geehrten und Bestatteten werde beschädigt. Von Denkmalschädigung ist die Rede.

... Stalinistischer Terror liquidierte neben der alten Garde der Bolschewiki Tausende verdiente Funktionäre der internationalen Arbeiterbewegung. Einer ist der Mitbegründer der KPD und der Kommunistischen Internationale Hugo Eberlein. Nach seiner Verhaftung 1937 wurden ihm unter Folter „Geständnisse“ abgezwungen. Der Lagerhaft folgte das 1941 vollstreckte Todesurteil. ...

Hier wird der Einspruch persönlich, denn es handelt sich bei Werner Eberlein um meinen Halbbruder, ganz zu schweigen davon, dass auch unsere gemeinsame Mut-

Zitiert:

Neues Deutschland druckte am 8. Dezember 2006 einen Beitrag von Prof. Dr. Stefan Doernberg.

... Ich gehöre zu jenen, die nach dem heutigen allgemeinen Verständnis sich als Opfer des Stalinismus bezeichnen können. Ich wurde 1938 aus der Sowjetunion ausgewiesen, nachdem mein Vater grundlos verhaftet worden war. Nur dank günstiger Umstände und dem Eingreifen von Kalinin als offiziellem Staatsoberhaupt sowie der Witwe von Lenin konnte ich in Moskau bleiben.

... Entsprechend dem medial erdrückenden „Zeitgeist“ und der auf ihn pochenden Deutungshoheit über ein verbindliches Geschichtsbild wird der Begriff „Stalinismus“ mit Sozialismus oder Kommunismus und in der Bundesrepublik insbesondere mit der Geschichte der DDR oder der „SED-Diktatur“ gleichgesetzt.

Bis heute gibt es aber keine Klarheit darüber, was denn „Stalinismus“ bedeutet. Es ist ja wohl auch nicht zufällig, dass der Begriff „Hitlerismus“ oder ein ähnlicher nur auf eine Person bezogener nicht den Eingang in die Geschichtsforschung gefunden hat. Nach meiner Auffassung hat man gerade in Deutschland – mir ist nicht bekannt, dass sonst wo dieser Begriff eine solche Verbreitung gefunden hat – diesen personifizierten Terminus ausgewählt, um nicht zu deutlich in die Tradition des reinen und vom Faschismus auf die Spitze getriebenen Antikommunismus oder gar Antisozialismus zu gelangen. ...

... gerade einmal 40x60 Zentimeter misst“

... Die Dimensionen eines Gedenksteins spielte bei seiner Bewertung bislang kaum eine Rolle, weil, ob groß oder klein, allein die Frage ins Gewicht fällt: Wessen wird hier weswegen gedacht? Gleich mit dem ersten Satz darauf zu verweisen, dass der Stein klein sei, lässt fürchten, dass der Historiker auf schmalen Grat zu wandeln droht. Nichts gegen Jürgen Hofmann, aber als ich darauf stieß, kam mir Tucholsky in den Sinn und seine rüden Bemerkungen über des Historikers Tun: „Er kocht eine Suppe, die ist zusammengesetzt aus: den trüben Quellen, die er zu benutzen gezwungen ist; aus den Fehlern, die durch lange Überlieferung entstanden sind ... aus der mehr oder weniger willkürlichen, zufälligen von tausend Umständen abhängigen Wahl, die er unter diesen Quellen trifft; aus seiner Person; aus der Erziehung, die er genossen hat; die er verheimlichen, aber nicht verstecken kann – aus alledem setzt sich die Geschichtssuppe zusammen.“ ...

Hofmann fährt fort:

Der Gedenkstein ist den „Opfern des Stalinismus“ gewidmet. Er ergänzt das Gedenken um eine Opfergruppe, über deren Schicksal Jahrzehnte lang der Mantel des Schweigens gehüllt wurde. ... Während Vertreter von Opferverbänden ihren Alleinvertretungsanspruch für Opfer des Stalinismus geföhrt sehen, vermuten einzelne Stim-

men in diesem Hain ihre letzte Ruhestätte gefunden hat. ... Natürlich kann jeder Werner Eberlein ein „Opfer des Stalinismus“ nennen, aber es bleibt immer die Frage, ob das in seinem Sinne geschieht?

Im Juni 1945 begannen meine Mutter und ich später auch mein aus Kriegsgefangenschaft zurückgekehrter Vater Werners Spuren in Sibirien zu suchen. Wilhelm Pieck, der kein Hehl daraus machte, wie riskant derlei Nachfragen damals waren, engagierte sich mehr als einmal und zwar mit Nachdruck. Er setzte sich also für den Sohn eines von Stalin Ermordeten ein und hatte am Ende nicht nur mit Moskau zu tun, sondern auch mit dem NKWD Kommandanten im fernen Mogschino, der Werner Eberleins Heimkehr verhindern wollte.

In jenen Jahren hat mir mancher Genosse prophezeit, dass ich der Partei den Rücken kehren würde, wenn mein Bruder erst wieder zu Hause sei und mir sein Schicksal geschildert hätte. Wir haben ihn auf dem sowjetischen Flughafen Diepensee abgeholt und sind in unsere Wohnung gefahren.

Dort haben wir tatsächlich nächtelang miteinander geredet und nachdem wir erfahren hatten, was ihm alles widerfahren war, war Stalin verständlicherweise oft unser Thema. Unsere gesamte Familie aber war sich dennoch darin einig, der Idee, der wir uns zu sehr verschiedenen Zeiten verschrieben hatten, treu zu blei-

ben. Und diese Treue war für uns auch eine Art Schwur unser Möglichstes für den Aufstieg der DDR zu tun. ... Historiker Hofmann fuhr fort:

... In der Ringmauer der Gedenkstätte ist Max Fechner beigesetzt. Der Sozialdemokrat wurde 1946 stellvertretender Vorsitzender der SED. Als erster Justizminister der DDR geriet er 1953 ins Visier des Misstrauens. In einem Geheimprozess wurde er zu acht Jahren verurteilt. Obwohl 1956 amnestiert, unterblieb eine öffentliche Rehabilitierung.

Man mag kein Rehabilitationspapier gefunden haben, aber die DDR erlebte, wie Fechner und Ulbricht die Untat begruben und sich vor Fernsehkameras umarmten.

Im Pergolenweg befinden sich weitere Grabstellen von Persönlichkeiten, die in die Mühlen jenes Systems der Verdächtigungen und Stüßungen gerieten, das wir als stalinistisch kennzeichnen.

Hier beginnt das Problem der soliden Geschichtsschreibung. Nicht jede Verdächtigung lässt sich unter Stalinismus einsortieren, denn Verdächtigungen sind auch menschliches Fehlverhalten und die offenbart jede Gesellschaftsordnung.

... Sicherlich ist der Begriff des Stalinismus mehrdeutig und wird auch als Kampfbegriff in der politischen Auseinandersetzung missbraucht. Der Respekt vor den unzähligen Schicksalen gebietet jedoch, die Erinnerung nicht von Definitionen abhängig zu machen. Der Sozialismus wurde durch Repressionen und Deformationen diskreditiert, die wir unter dem Stichwort „Stalinismus“ subsumieren, und nicht durch deren Offenlegung.

Subsumieren ist dem Lateinischen entlehnt und meint „ein-“ oder „unterordnen“ und hier beginnt ein weiteres nicht ungefährliches „Eilverfahren“. Der Sozialismus nahm unbestritten Schaden, wann immer er falsch ausgelegt oder angewendet wurde, aber die „Aufarbeitung“ solcher Mängel wird nicht erfolgreicher, wenn sie kurzerhand unter „Stalinismus“ eingeordnet werden und – wie man auch in Friedrichsfelde erlebte – damit ins Hauptregister „Diktaturen“ gerät und dort die Distanz zwischen Nazireich und DDR auf ein Minimum reduzieren soll. ...

Immer wieder die Frage: War das Stalinismus? ... Noch einmal zu meiner Familie: An Opfern, die man auch als „Opfer des Stalinismus“ deklarieren konnte, war kein Mangel. Zwei – Eberlein und Rwal – waren von stalinistischen Erschießungskommandos hingerichtet worden, Werner nach Sibirien verbannt worden und auch das hatte Stalin veranlasst. Dafür sind keine „Erklärungen“ oder Entschuldigungen zu finden. Es waren Verbrechen!

Der des „Trotzkismus“ bezichtigte und in Unehren entlassene Bankpräsident (Ullrichs Vater – LN) und der in die Provinz abgeschobene Journalist (weil Ullrich und ND-Chef Herrnstadt die selbe Frau liebten – LN) waren Opfer menschlicher Unzulänglichkeiten, wie sie Schiller noch „Kabalen“ genannt hatte. Mit Stalin hatte es nicht das Geringste zu tun.

Was diese Familie immer einte: Sie wollte daran mitwirken, eine bessere Gesellschaft zu schaffen und den Traum ihrer Väter zu verwirklichen. Sie waren Sozialisten! Und deshalb bin ich sicher, sie wären empört, würden sie erfahren, dass man ihretwegen einen Stein „Für die Opfer des Stalinismus“ in Friedrichsfelde platziert hat.

Mein Vater würde mich vielleicht sogar kritisieren, dass ich nur das lahme Wort „Störstein“ gewählt habe und ich höre ihn mich fragen. „Fiel Dir denn da nichts Schonungsloseres ein?“

Außer den in den ersten beiden Januar-Wochen populär gewordenen Konzerten mit den beliebtesten Opernchören, den „Carmina burana“ nebst „Neunter“ und der Strauß-Gala der nicht aus Wien kommenden, aber dennoch respektablen K.u.K. Philharmoniker waren im Gewandhaus drei Abende mit jeweils französischer, amerikanischer oder englischer Musik zu erleben, dazu in der Stadtbibliothek noch ein Geburtstagsständchen für den im Dezember 65 gewordenen Peter Herrmann samt einiger seiner zahlreichen Schüler.

Von **WERNER WOLF**

Der künftige Musikdirektor und Stellvertreter Riccardo Chailly in der Oper, Axel Kober, wählte für seinen Gewandhaus-Einstand Claude Debussys feinsinniges Tanzpoem „Jeux“ („Spiele“), Jacques Iberts musikantisches Flötenkonzert und Hector Berlioz' wahrhaft Phantastische Sinfonie. Mit Debussys „Spielen“ machte er es sich und dem Orchester nicht leicht. Denn sie gehören – leider – nicht zum Gewandhausrepertoire und sind keinesfalls leichter zu spielen als die vertrauten Stücke des französischen Meisters. Das unerlässliche Bemühen um

Genauigkeit ging da auf Kosten klanglicher Differenzierung. Beim Flötenkonzert Iberts glänzte die Gewandhaussoloflötistin Katalin Stefula gleichermaßen mit bewegender Musi-

genauigkeit, großartiger Klangkultur und makelloser Spieltechnik. Dann entfesselte Axel Kober mit den Gewandhausmusikern all das, was Berlioz mit seiner „Phantastischen“ an neuen Ausdrucksmöglichkeiten, Spieltechniken, bis dato nie gehörten betörenden wie beklemmenden Blech- und Holzbläserchören mit neuartigen Klangfarben ausgeprägt hat. Das folgende Gewandhauskonzert mit dem britischen Dirigenten Richard Hickox bescherte den – auch infolge des Sturmwetters – weniger zahlreich als sonst erschienenen Zuhörern wenig bekannte Meisterwerke der englischen Musik des 20. Jahrhunderts. Langsam erhält bei deutschen Orchestern der vor 150 Jahren am 2. Juni geborene Edward Elgar wieder seinen verdienten Platz. Seine erste Sinfonie, die Dirigenten wie Arthur Nikisch und Hans Richter vor knapp hundert Jahren begeistert propa-

gierten, ließ nun die mit ihrem ergreifenden Grundthema und ihren an Gegensätzen reichen Entwicklungen die heutigen Musikfreunde aufhorchen. Eingangs erwies sich Frank Bridges Rhapsodie

Erlebnis: Konzert

„Einzug des Frühlings“ („Enter spring“) mit all ihren zauberhaften und dazwischen fahrenden störrischen Klängen als ein originelles Stück der 1920er Jahre. Richard Hickox betonte die Vitalität dieser Werke und führte das Orchester bei Elgar mit fordernden, nicht sonderlich auf Schattierungen bedachten Dirigiergesten zu erregten Steigerungen, aber auch zu feierlichen, aus dem Grundthema entwickelten Klängen.

Selbst ein herausragendes Werk wie Benjamin Britzens über 40 Jahre alte Sinfonie für Violoncello und Orchester stellt mit seinen ganz eigenen Klangwundern für Leipzig noch eine Seltenheit dar. Dabei besitzt das Gewandhausorchester mit Christian Giger einen Solovioloncellisten, der den musikalisch und technisch höchst anspruchsvollen Solopart bewundernswert gestaltet.

Zwischen den Gewandhauskonzerten

warteten das Sinfonieorchester und der Chor des MDR mit der knapp zweistündigen, zwölf Sätze umfassenden fünften Sinfonie des 1937 geborenen US-Amerikaners Philip Glass auf. Damit zogen sie vor allem viele junge, ihrer Begeisterung freien Lauf lassende Konzertbesucher an. Die höchst anspruchsvollen religiösen und philosophischen Texte vertonte Glass, ohne auf deren Gehalt einzugehen mit bemerkenswert einfachen, der Popmusik verwandten Mitteln. Diese fortwährenden Dreiklänge und deren Brechungen, hartnäckigen Rhythmen und unendlichen Wiederholungen mischte der Komponist aber ausgesprochen raffiniert. Dabei klingt alles einfacher als es zu singen und zu spielen ist, wenn es so überlegen bewältigt wird wie von den fünf Solisten, den Rundfunkchoristen und -instrumentalisten.

Das Geburtstagskonzert für Peter Herrmann mit seinen Schülern Vladimír Vlna, Jürgen Dietze, Christian FP Kram und Olav Kröger kennzeichnete die Verschiedenartigkeit der Handschriften und Stücke. Wie als Komponist legte Peter Herrmann als Lehrer Wert auf die den Begabungen entsprechende individuelle Entwicklung. Dabei gingen an diesem Abend die stärksten Eindrücke vom dritten Streichquartett aus, das Herrmann als Mitzwanziger schrieb.

Mysterium

„HEDDA GABLER“ – Henrik Ibsen hat es bei ihrem Mädchennamen belassen, obwohl Hedda Gabler, eine Generalstochter, mit dem spießigen, ehrgeizigen Kulturhistoriker Tesman verheiratet ist, denn sie hat sich nie angefreundet mit ihrer Rolle als Ehefrau und baldige Mutter. Unerwartet taucht ihre einstige Jugendliebe Lövborg auf. Aus dem Umtriebigem ist ein ernsthafter Forscher geworden, der Heddas Ehemann mit einem neuen Buch Konkurrenz macht. Das Manuskript hat Lövborg mit Hilfe seiner Freundin Thea Elvsted geschrieben.

Regisseur Markus Dietz gibt keine fertigen Antworten. Er präsentiert die seelischen Abgründe ohne Zeigefinger, mit Liebe zu den Figuren. Und hat Gespür für großartige Bilder: Hedda verbrennt in einer kultischen Handlung – allein, nackt, mit einer Schale, aus der die Flammen

züngeln – das neue Buch von Lövborg. Es ist der Abend von Stephanie Schönfeld. Ihre Hedda, mit frechen kurzen Haaren, mal im Seidenmorgenmantel, mal im hochgeschlossenen Kleid, bringt uns die Facetten einer von Fragen getriebenen Frauengestalt näher: Sie ist die Genervte, die Zerstörerische, die Gelangweilte, die Sündige, die Intrigante. Ständig im Kampf mit ihrer Konkurrentin Thea Elvsted, der sie an den langen Haaren zieht oder – nach spontanem Wechsel des Gemütszustandes – mit ihnen spielt. Silvia Weiskopf als Thea Elvsted: zwischen hysterischer Romantikerin und bienenfleißiger Kameradin schwankend. Diese Frauengestalten verkörpern die Gegensätze zwischen Hure und Heiliger. Da werden die Männer zerrieben. Auf der einen Seite wird Tesman emotional kleingehalten. Thomas Huber zeigt einen in Wissenschaft und Familienbildern versunkenen Ehemann, der nicht versteht, was seine Frau wirklich



Seltene Momente der ehelichen Begierde (Stephanie Schönfeld, Thomas Huber).

Foto: Rolf Arnold/Schauspiel Leipzig

begehrt, vermisst, was sie ihm vorspielt. Auf der anderen Seite die psychische und physische Zerstörung von Lövborg: Alexander Gamnitzer hat die Schwierigkeit zu meistern, eine fragwürdige wie undurchsichtige Figur auszuleuchten, eine subtile Gratwanderung zwischen Herzlosigkeit und Großmut, Disziplin und Lotterleben.

Andreas Keller darf als Idealbesetzung für Richter Brack, Freund der Familie und Mochteger-Hausfreund Heddas, gelten. Er gibt der Figur peinliche Schliefrigkeit, eine durch Hintergrundwissen getriebene Macht ... deftig und anzüglich. Franz Lehrs Bühnenbild, ein variabler Kubus, der Enge und Weite ermöglicht, erweist sich als praktisch.

Diese Tragödie einer einsamen Menschenseele überzeugt, bis jetzt, als beste Inszenierung der Spielzeit. Das Premierenpublikum dankt mit langem Applaus.

• D. M.

Ich werde dann 79 Jahre sein, im Jahr 2030. Welch grausige Vorstellung! So habe ich bisher noch nie gesehen, aber nach den Abenden im ZDF „2030 – Aufstand der Alten“ kann einem ja

Angst und Bange werden. Ein verzweifelter Rentner wird zum Geiselnehmer an dem hochkarätigen Vorstandsvorsitzenden des Wellness-Konzerns „Prolife“. Diese Verzweiflungstat steht am Beginn von Ereignissen, die ich mir hier erspare. Viel unheimlicher sind mir die angebotenen Lebensvisionen in diesem Mehrteiler: Massenquartiere, Armut, Krankheit und schlichtweg Hoffnungslosigkeit.

All das gibt es bereits jetzt. Wissen wir doch! In Massenquartieren schliefen unlängst Reisende in Hannover, da bei der Bahn wegen Kyrill „Ausnahmestand“ im Fahrplan angezeigt wurde. Nichts fuhr mehr und man öffnete – pikanterweise – die Atombunker. Bisher gab es die im Fernsehen zwar nur für Honecker und Co. – deshalb zeigten sich viele Fahrgäste arg überrascht von den

FF dabei DER FILM- UND FERNSEH-LINK

Altenaufstand

Von **MICHAEL ZOCK**

Räumen und Metallbetten hinter den schweren Stahltüren. Blieben also noch: Armut, Krankheit und Hoffnungslosigkeit – fast jeder kennt einen, den es schon heute getroffen hat.

Diese Science-Fiction über den „Aufstand der Alten“ soll als Warnschuss verstanden werden, so las und hörte ich das des Öfteren. Nur: Wer schießt da auf wen? Das ZDF auf die Gesellschaft, die ihren Bürgern eine grauenvolle Perspektive bietet? Oder ist es ein genereller

Warnschuss für den Bürger nach dem Motto: Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not! Und wer sich kein Sparbuch leisten kann, der ist dann

eben arm dran. Zugegeben: Der Film erregt stellenweise wirklich, aber berührt auch unangenehm, wenn beispielsweise Me-dien und investigativer Journalismus als das einzig Funktionierende in solchen Zeiten suggeriert werden.

Denn: Wenn es den Leuten so dreckig geht, dann lesen sie auch kaum Zeitungen, und die Fernsehgebühr zahlt dann ohnehin keiner mehr. Und dann können Sender alles senden, nur nimmt es eben keiner mehr zur Kenntnis. Goethe schrieb in seinen „Wahlverwandtschaften“: „Jedes Jahrzehnt hat sein eigenes Glück, seine eigenen Hoffnungen und Aussichten.“ Damit scheint es laut. ZDF vorbei zu sein. Warum sollen eigentlich noch Männer und Frauen Kinder zeugen in einer Gesellschaft, der offenbar solche Lebensperspektiven bevorstehen?

LEIPZIG lebt eine noch blühende kulturelle Vielfalt, und die Reduzierung auf Musik finde ich krank.

Es klingt, als würden hier die Kinder vorm Aufstehen an die Geige gedrückt. Will man an so einem Ort sein?

... klagt der scheidende Chef René Reinhardt von der Schaubühne LINDENFELS im LVZ-Interview.

Nur: Kein Mensch, ob vor oder im Rathaus, hat doch wohl in den derzeitigen Kultur-Diskussionen solche einseitigen Musik-Visionen festgeschrieben ...

• M.

Viele Leser baten uns um Informationen, wie das „Rote Antiquariat“, das wir in LN 1 vorstellten, zu erreichen ist.

Telefon:
0341 / 303 48 34
mail:
info@rotes-antiquariat.de

In diesem Buch (siehe auch Leseprobe in LN 24'06 „Schaf im Schafsfell?“) äußern sich dreizehn Autoren aus unterschiedlicher Sicht über Robert Havemann und Wolf Biermann, die in bürgerlichen und angepassten Medien zu Symbolfiguren des „kommunistischen“ Widerstands in der DDR aufgebaut worden sind. Sie berichten über Fakten und Meinungen, die amüsant, manchmal bisher unbekannt, grotesk und unglaublich erscheinen. Ist es nicht erstaunlich, dass Robert Havemann mit drei anderen einer Widerstandsgruppe zum Tode verurteilt, aber im Unterschied zu seinen Mitkämpfern nicht hingerichtet wurde, weil er bei Rüstungsprojekten benötigt wurde? Ist es nicht unglaublich, dass Havemann diverse Geheimdienste bediente – auch das MfS –, ohne dass ihn die Gauck-Behörde in Acht und Bann tat? Ist es verzeihlich, dass Biermann einen Brief in die *Zeit* lancierte, in dem er Havemann kurz vor dessen Tod davor warnte, ins Krankenhaus zu gehen: „Robert, jetzt bringen sie Dich um.“? Genug der Hinweise auf historisch reizvolle Stoffe.

Im Buch finden sich persönliche Erinnerungen an Biermann und Havemann der Kinderärztin Ingeborg Rapoport, des Philosophen Hanns Heinz Holz, des Gewerkschafters Jakob Moneta (der Biermanns Konzert in Köln organisiert hatte), des Dichters Peter Hacks, des Chefredakteurs der *jungen Welt* Arnold Schölzel, des Kabarettisten Dietrich Kittner, des Kulturpolitikers Klaus Höpcke

Ein Buch belegt: Biermann ist wohl doch nicht zum Ehrenbürger geeignet

Einträglicher „Kommunistischer“ Widerstand

und des Schriftstellers Dieter Schubert. Da Biermann wie Havemann als Opfer des „SED-Regimes“ und des MfS in die Geschichte einzugehen scheinen, ist es richtig, dass zwei Mitarbeiter des MfS mit akribischen Beiträgen zu Wort kommen. Dieter Skiba, zuletzt Oberleutnant des MfS, hat die Recherchegruppe geleitet, die

War es Zufall, dass Havemann und Biermann einen solchen exponierten Platz in der Systemauseinandersetzung einnahmen und nach 1990 zu Ikonen des „Widerstands“ mutierten?

zu untersuchen hatte, welche Rolle Havemann während des Faschismus und der Haftzeit gespielt hatte. Obwohl festgestellt wurde, dass Havemann mit der Gestapo zusammengearbeitet hatte, ist ihm daraus nie Nachteil entstanden. Einen öffentlichen Rufmord gab es nicht. Wolfgang Schmidt, zuletzt auch Oberleutnant beim MfS, war für die Sicherheit im kulturellen Bereich zuständig und damit auch für Biermann, der als Bänkelsänger die SED-Führung als „stalinistische Bonzen“ beschimpfte. Seine „Unabhängigkeit“ bewies er mit Texten wie dem, der auch bei

seinem berühmten Konzert am 13. November 1976 enthalten war: „Dem Bourgeois auf die Finger schauen? Das genügt nicht! Auf die Pfoten haun wollen wir das fette Bürgerschwein.“ Dass Biermann das je tat, wurde bisher nicht bekannt. Nach 1990 bedauert er, dass keiner seiner früheren Genossen am Galgen endete.

War es Zufall, dass Havemann und Biermann einen solchen exponierten Platz in der Systemauseinandersetzung einnahmen und nach 1990 zu Ikonen des „Widerstands“ mutierten? Solche Zufälle gab und gibt es nicht. Immer gibt es eine objektive Seite für jedermanns Platz im politischen Kampf und eine subjektive Entscheidung für die eigene Rolle. Zu fragen ist: Welche Politik und Kräfte hielten aus welchen Gründen für geeignet, sie als Schachfiguren im „Wandel durch Annäherung“ einzusetzen, und welche Persönlichkeitsstruktur der beiden machte das so leicht? Warum gefielen sie sich in der (durchaus auch lukrativen) Rolle? Die objektive Situation, die beide hochspülte, war, dass der offene Antikommunismus sich als immer wirkungsloser erwies. So begann das Schauspiel, dass üble Antikommunisten (bis 1990) zu begeisterten Anhängern der kommunistischen „Reformer“ wurden. Es wurden „Sozialisten“ gesucht und gefunden, die

den Aufbau des Sozialismus nicht mehr primär von den Leistungen der Werktätigen erwarteten, sondern von der Gnade des politischen Feindes. Im Gebälk des Sozialismus entstanden Risse. Havemann und Biermann wurden (objektiv) zu Keilen, um diese Risse zu erweitern. So entstand das Novum, dass Kommunisten zu Lieblingen der Bourgeoisie avancierten. Nach 1990 triumphierten sie, dass ihr Spiel aufgegangen ist.

Die SED-Führung hat bei der Abwehr der heimtückischen Angriffe mit Sicherheit Fehler gemacht. Die Märtyrerrolle ist Havemann und Biermann in jeder Hinsicht gut bekommen. Biermann hat sich das Bundesverdienstkreuz verdient. Aber zugleich gilt, was die Herausgeber dieses Buches feststellen: „Das Unrecht, das ihnen widerfuhr, hebt sie nicht heraus aus dem Millionenheer jener, die heute ungerrecht behandelt werden. Bei denen geht es zudem um die Existenz – den beiden ging es, verglichen mit diesen Menschen trotz ‚Terror und Unterdrückung‘ doch recht kommod im zerrissenen Land.“

• HORST SCHNEIDER, DREDEEN

Robert Allertz (Hrsg.): *Sänger und Souffleur. Biermann, Havemann und die DDR. edition ost, Berlin 2006. 192 S., 12,90 Euro*

Mit der chaotischen Öffnung der Staatsgrenze der DDR in Berlin am 9. November 1989 wurde Deutschlands Einheit zum Streitpunkt in der SPD. Überrascht von der Wende im Osten waren vor allem die, die auf Veränderungen im Westen gehofft hatten. Teile der Partei akzeptierten nur widerwillig den vor allem durch die Politik der Regierung Kohl geprägten Weg zur staatlichen Einheit Deutschlands. Daniel Friedrich Sturm hat dazu seine Dissertation geschrieben, die durch ein Stipendium der „Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ (!) ermöglicht und von der „Bundeskanzler Willy-Brandt-Stiftung“ mit dem „Willy-Brandt-Preis“ ausgezeichnet wurde. Geringfügig überarbeitet, ist sie der erste Band der Reihe „Willy-BrandtStudien“.

Sturm holt weit aus, indem er die Deutschlandpolitik der SPD von 1945 bis in die Siebziger Jahre behandelt. Sein konzeptioneller Ausgangspunkt ist einzig und allein auf Kurt Schumacher zugeschnitten und damit auf die Konferenz im Kloster Wennigsen im Oktober 1945. Anders handelnde führende linke Sozialdemokraten wie Otto Grotewohl, Friedrich Ebert und Otto Buchwitz werden ignoriert, selbst ihre Namen verschwiegen.

Brandt, der einst erfolgreich die Neue Ostpolitik als Antwort auf die Konfrontationen des Kalten Krieges begründet hatte, war davon ausgegangen, die staatliche Einheit Deutschlands nicht mehr zu erleben. Bekannt ist, dass er die „Wiedervereinigung“ als die „Lebenslüge der zweiten deutschen Republik“ bezeichnete. Ihm ging es nicht um eine „Wiedervereinigung“ – ein Begriff, den er ablehnte –, sondern um die „Einheit der Deutschen“. Daher waren für ihn auch die Dialoge von SPD und SED „deutsch-deutsche Gespräche“. Er war kein Triumphator über den gescheiterten „realen Sozialismus“, sondern bezeugte vielmehr den Menschen in der DDR und ihren Biographien seinen Respekt. Später, am 4. Oktober 1990, von Sturm nicht mehr behandelt,

Der steinige Weg der SPD in die deutsche Einheit



erklärt er im ersten gemeinsamen Bundestag, dass es nur mit „Takt und Respekt vor dem Selbstgefühl der bisher von uns getrennten Landsleute“ möglich sein wird, „dass ohne entstehende Narben zusammenwächst, was zusammengehört“.

So war es nicht verwunderlich, dass die meisten Sozialdemokraten mit einem Gefühl der Unsicherheit auf den Fall der Mauer reagierten. Die SPD, die sich zunächst mehr oder weniger dem Drang nach der staatlichen Einheit verweigerte, befand sich nach Sturm in einem „tiefen deutschlandpolitischen Graben“. Mittels vieler Details zu der Uneinigkeit über die einzuschlagende Deutschlandpolitik der SPD gibt Sturm einen tiefen Einblick in das Innenleben der deutschen Sozialdemokratie während dieser spannenden Phase deutscher Nachkriegsgeschichte. Das betrifft sowohl ihre Reaktion auf die Gründung der SDP in der DDR als auch ihre Haltung zur angelegten Aufnahme ehemaliger Mitglieder der SED in die SPD, für die sich Egon Bahr aussprach. Insgesamt zeigte sich, dass die Führung der SPD auf den Status

quo setzte und in der Parteigründung von Schwante mehr eine Gefahr als eine Genugtuung sah. Sturm meint, dass mancher Vertreter der SPD „die Kommunisten nicht als Gegner, sondern vielmehr als verirrte Brüder“ begriff. „Der Gegensatz von Sozialdemokraten und Kommunisten – von der SED stets beschrieben – war für einige Sozialdemokraten nicht mehr erkennbar.“ Sturm schlussfolgert: „Manch einer in der SPD fühlte sich dabei der SED in der DDR näher denn der CDU im Westen.“ Der Berliner Parteitag im Dezember 1989, der in Ablösung des Godesberger Programms von 1959 ein neues Parteiprogramm beschloss, zeigte schließlich das diesbezügliche Ausmaß der desolaten Lage in der SPD. „Der Parteitag erwies sich als Höhepunkt der deutschlandpolitischen Verwirrungen ... Das Programm war bereits zum Zeitpunkt seiner Verabschiedung veraltet. Und von einem deutschlandpolitischen Konzept fehlte jede Spur.“ Die durchgängig zugespitzte Kritik an Lafontaine, von dem Sturm meint, dass er die SPD „geradewegs in eine Sackgasse“ geführt habe, ist wohl mehr seiner heuti-

gen Rolle im politischen Leben als der in der damaligen Situation geschuldet. An anderer Stelle ist zu lesen, dass „die Ideologie der Sicherheit und der Stabilität in Europa“ die SPD geradezu in eine Sackgasse geführt habe, was insbesondere Egon Bahr Schuld gewesen sei und auf dessen Analysen sich H.-J. Vogel „viel zu lange“ verließ. Sturm meint, dass sich das politische Konzept die Führung der SDP in der DDR als „wesentlich weitsichtiger“ als das der SPD erwies. Seine m. E. zu verzeichnende Überhöhung der Rolle der SDP kommt auch darin zum Ausdruck, dass er davon spricht, dass das „Verdienst der ostdeutschen Sozialdemokraten Hin ihrem ehrgeizigen Anspruch, Volkspartei zu werden“, lag.

Sturm schlussfolgert abschließend, dass die SPD mit ihrem „negativen Nationalismus“ dem politischen Gegner ein leichtes Spiel bereitet habe. Da sie die „Stimmung in der DDR falsch eingeschätzt und jegliches Gespür für die nationale Frage vermissen ließ“, habe sie „das Thema Einheit sehenden Auges an die Unionsparteien“ verschrenkt. Durch eine frühe Abkehr von der SED, ein klares Ja zur ostdeutschen Sozialdemokratie und eine konstruktive Begleitung des Vereinigungsprozesses wäre die SPD, so meint Sturm, in den „neuen Ländern und damit in ganz Deutschland mehrheitsfähig geworden“.

Kritisch zu vermerken ist, dass sich unter den 43 ausgewerteten Medien nicht ein einziges Medium aus der DDR befindet. Die Liste der 64 Interviewten enthält von der DDR-Elite nur Hans Modrow, ohne ihn zu zitieren. Ähnliches trifft auf die Auswertung der von ostdeutschen Autoren verfassten Publikationen zu, die mehr als lückenhaft ist. Hierin zeigt sich, wer die Dissertation von Daniel Sturm gesponsert hat.

• KURT SCHNEIDER

Daniel Friedrich Sturm: *Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90. Willy Brandt Studien. Verlag J.H. W. Dietz Nachf., Bonn 2006. 520 S., 29,90 Euro.*

KALENDERBLATT**Geboren vor 100 Jahren:****Magnus Poser**

Magnus Poser, von Beruf Tischler, wurde am 26. Januar 1907 in Jena geboren. Er gehörte der KPD an, wurde wegen seines antifaschistischen Widerstandes am 20. November 1933 verhaftet und später zu 2 Jahren und 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Nach seiner Haft sammelte er junge Leute um sich, die vor allem aus der Arbeitersportbewegung aus Jena und Umgebung kamen. Sie unterstützten die Familien eingekerkelter Antifaschisten und leisteten zunehmend eine zielgerichtete Widerstandsarbeit.

1942 begann seine Zusammenarbeit mit Dr. Theodor Neubauer, ehemaliger Reichstagsabgeordneter der KPD, die zur Bildung einer weitverzweigten Widerstandsorganisation in Thüringen führte. Es gelang, insbesondere in Rüstungsbetrieben aktiv tätige Betriebszellen zu schaffen und Verbindungen zu Sozialdemokraten – darunter zu dem ehemaligen Reichstagsabgeordneten August Fröhlich – sowie zu christlichen und bürgerlichen Hitlergegnern herzustellen. Ebenso gab es feste Kontakte zu politischen Häftlingen in Buchenwald, zu ausländischen Gefangenen und Zwangsarbeitern sowie vor allem zu Widerstandsgruppen in Berlin-Brandenburg und Sachsen, darunter zur Leipziger Gruppe um Georg Schumann.

Am 14. Juli 1944 wurden Poser, Neubauer und viele ihrer Thüringer Kampfgefährten verhaftet. In der Nacht vom 20. zum 21. Juli versuchte M. Poser zu fliehen. Durch Schüsse schwer verletzt, verstarb er kurz nach seiner Einlieferung in das KZ Buchenwald.

Kurt Wiesner

Am 13. Januar 1907 wurde der Theologe Kurt Wiesner in Breslau geboren wo er Theologie studierte. Er wurde als Soldat zur Wehrmacht gezogen und wirkte nach seiner Entlassung aus sowjetischer Gefangenschaft als Gefängnisgeistlicher in Thüringen, dann als Gemeinde- und Studentenpfarrer in Weimar und Jena. Später wurde er an der Leipziger Universität Aspirant, betreut vom weithin bekannten Theologen Prof. Emil Fuchs.

Als Mitglied der CDU, der Kurt Wiesner 1955 beigetreten war, engagierte er sich im Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und war von 1957 bis 1963 Vorsitzender der Ende 1955 gebildeten Arbeitsgruppe „Christliche Kreise“ beim Nationalrat. Derartige Arbeitsgruppen entstanden auch unter Mitwirkung von Kurt Wiesner bei den Bezirks- und Kreisauerschüssen der Nationalen Front und wurden vorrangig von kirchlichen Amtsträgern geleitet. 1958 wurde Kurt Wiesner Abgeordneter des Bezirkstages Leipzig und ordentlicher Professor an der Theologischen Fakultät der Karl Marx Universität Leipzig.

Am 16. April 1967 verstarb Kurt Wiesner.

• K. SCH.

Ahlerer Programm der CDU**Ein beinahe antikapitalistischer Auftakt**

Die CDU war als antifaschistisch-demokratische Partei bürgerlichen Charakters am 26. Juni 1945 in Berlin für ganz Deutschland gegründet worden. Ihre Registrierung und Zulassung erfolgte am 10. Juli 1945 allerdings nur in der sowjetischen Besatzungszone, da in den westlichen Besatzungszonen noch keine Parteien zugelassen worden waren. Der Berliner Gründerkreis beauftragte Jakob Kaiser und Ernst Lemmer mit der vorläufigen Reichsleitung der Partei. Die zu diesem Zeitpunkt widerspruchsvolle Lage in der CDU reflektierte insbesondere der 1. Parteitag der CDU, der unter dem Leitwort „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ vom 15.-17. Juni 1946 in Berlin stattfand.

Mit der Zulassung von Parteien in der britischen und amerikanischen Zone im August/September und in der französischen Zone im Dezember 1945 kam es hier zu verschiedenen christlichen Parteigründungen. Dabei zeigte sich, dass sich eine Politik der Abspaltung der Westzonen durch Kräfte um Adenauer zu vollziehen begann, die zunächst noch nicht als Linie der gesamten Westzonen-CDU bezeichnet werden konnte.

Im Zentrum aller programmatischen Überlegungen stand die Wirtschaft. Forderungen nach Vergesellschaftung wurden von Adenauer als „sozialistische Experimente“ abgelehnt. Auf sein Drängen hin wurde am 1. März 1946 vom CDU-Ausschuss der britischen Zone erklärt: „Die sich aufdrängende Frage der Vergesellschaftung von Teilen der Wirtschaft ist zur Zeit nicht praktisch, da die deutsche Wirtschaft nicht frei ist.“

Dennoch sah sich der Zonen-

ausschuss der CDU für die britische Zone gezwungen, entgegen vorheriger Erklärungen, ein Programm anzunehmen, das anders als bisher auf gestellte Fragen Antwort gab: das Ahlerer Programm vom 3. Februar 1947. Diese zunächst Aufsehen erregende programmatische Erklärung begann mit den Worten: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.“ Daraus wurde geschlossen: „Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen.“ Und ergänzend hieß es: „Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert.“

Am Ende doch alles nur Taktik

Ursache für das im westfälischen Ahlen beschlossene Programm war die taktische Anpassung der CDU an die Forderungen der stärker agierenden antimonopolistischen Bewegung – in der SBZ hatte bereits die demokratische Bodenreform und auf der Grundlage eines Volksentscheids vom 30. Juni 1946 die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher und damit des deutschen Mo-



nopolkapitals stattgefunden – um der CDU Anziehungskraft zu geben. Die programmatischen Detailforderungen belegten, dass es zwar grundsätzlich auf den Erhalt der bestehenden Wirtschaftsordnung ausgerichtet war, aber zugleich solche sozialpolitische Forderungen wie Vergesellschaftung des Bergbaus, der eisenschaffenden und chemischen Großindustrie, Recht der Arbeiter auf Mitbestimmung in Fragen der wirtschaftlichen Planung und sozialen Gestaltung enthielt. Generell galt: Nicht neue Eigentumsverhältnisse durch Enteignung des Monopolkapitals, sondern Herstellung neuer Strukturen der industriellen Wirtschaft vor allem durch Entflechtung.

... und natürlich antimarxistisch

Obwohl es im Programm selbst keine direkten Angriffe auf marxistische Positionen zur Neugestaltung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg gab, lautete der Titel der Erstausgabe des Ahlerer Programms „CDU überwindet Kapitalismus und Marxismus“. Gewiss, den Marxismus als Weltanschauung und Politik wollte man durchaus „überwinden“, aber nie und nimmer den

Kapitalismus. Dennoch glaubten Christen, die ehrlichen Herzens für eine Sozialisierung der Wirtschaft durch Verstaatlichung des Bergbaus und andere monopolartige Zweige der Wirtschaft eintraten, dass mit dem Ahlerer Programm ihr soziales Anliegen nunmehr Beachtung gefunden habe.

Von wegen Mittelweg

Der spätere Generalsekretär der CDU, Peter Hintze, erklärte 1995 in „Die CDU als Programmpartei“, dass sich das Ahlerer Programm hinsichtlich der „Vergesellschaftung zentraler Industriebetriebe und zentraler staatliche Planung ... als ungeeignet“ erwiesen habe. Die am 15. Juli 1949 veröffentlichten Düsseldorfer Leitsätze des Wirtschaftsausschusses der CDU in der britischen Zone, die nunmehr die gesellschaftspolitischen Grundsätze einer „sozialen Marktwirtschaft“ begründeten – ihnen war bereits am 20. Juni 1948 die Währungsreform und die Annahme der Verfassung des westdeutschen Separatstaates am 23. Mai 1949 vorausgegangen – seien jedoch, so Hintze, „die Fortentwicklung des Gedankens des Dritten Weges zwischen Sozialismus einerseits und Kapitalismus andererseits, wie er schon im Ahlerer Programm angelegt war“, gewesen. Welch eine sich fern von der Wahrheit befindende Interpretation des Ahlerer Programms und der Düsseldorfer Leitsätze! Hintze war offensichtlich entgangen, das auf dem Hamburger Parteitag der westdeutschen CDU (1957) bereits ein Vertreter der Parteiführung offen erklärt hatte, das Ahlerer Programm sei damals „dazu ausersehen gewesen, den Sozialismus zu verhindern“.

• KURT SCHNEIDER

Was sich hinter LEIPZIGER STRASSENAMEN verbirgt (46)

Sowohl die Burgstraße als auch die Schloßgasse erhielten ihren Namen nach der Pleißenburg (siehe Burgplatz – LN 25/26 '06). Die Pleißenburg gehörte bis etwa 1866 nicht zur Stadt Leipzig. Darum auch findet man in historischen Dokumenten die Bezeichnung „Pleißenburg bei Leipzig“. Die Burg, die im Volksmund auch als „Schloß“ bezeichnet wurde, lag zwar innerhalb des Stadtgrabens, grenzte sich aber von der Stadt wiederum durch einen Wassergraben ab. Entlang dieses zur Stadt zu liegenden Grabens zog sich eine Gasse, die 1696 im „Leipziger Chronicon“ von Vogel als „Gasse hinterm Schloß“ bezeichnet wurde. Diese Gasse erhielt zu einem nicht feststellbaren Zeitpunkt den offiziellen Namen „Schloßgasse“.

Auch die Burgstraße ist eine der wohl ältesten Leipziger Straßen, denn sie wurde bereits 1422 als „Burggasse“ erstmals erwähnt. Sie war der wichtigste Weg zwischen dem alten Rathaus und der Pleißenburg und für die dorthin befohlenen Stadträte nicht gerade der angenehmste. Er führte, dort wo heute der

Burgstraße / Schloßgasse

„Thüringer Hof“ steht, vorbei am richterlichen Vogthof über eine Holzbrücke (Wassergraben), eine weitere Zugbrücke und drei Fallgatter auf den Schloßhof. Es war also alles so, wie man sich heute den Zugang zu einer Burg vorstellt. Die Straße hatte aber auch noch eine wirtschaftliche Bedeutung.

Durch die Pleißenburg führte der wichtigste Weg zur Vorstadt. Die Burg hatte also ein eigenes Stadttor. Und das nun hatte wiederum seine Besonderheit. Während die anderen Stadttore mit Einbruch der Dunkelheit schlossen, hatte der Festungskommandant selbstständig festzulegen, wann die

Tore durch die Pleißenburg zugemacht wurden. Und so erwarb es sich das „Monopol“, Reisende nach Sonnenuntergang in die Stadt zu lassen. Das tat er auf Kosten seiner Soldaten, die das Tor ja zu sichern hatten, nicht gerade uneigennützig. Er verlangte natürlich einen Torzoll und der wird

eine kräftige „Nachtzulage“ beinhaltet haben. Damit aber gingen der Stadt Einnahmen verloren und so protestierte sie in Dresden dagegen. Der Kurfürst (oder zumindest einer seiner Vasallen) verbot dem Kommandanten nun die Zollerhebung und damit gingen ihm die Sondereinnahmen verloren. Aber wenn es ums Geldeinnehmen ging, waren die „oben“ nie die Einfallslosesten. Er erhob nunmehr keinen Torzoll mehr, sondern ließ nur noch die Reisenden und Händler passieren, die seiner Wache einen Schnaps abkauften – und den natürlich zu einem unanständig hohen Preis. Wie das dann ausging, ist nicht überliefert. Die „Burggasse“ jedenfalls wurde 1898 zur „Burgstraße“ erhoben.

• DIETER KÜRSCHNER



Von
**KLAUS
HUHN**

Gustav Adolf Schur hat einen Brief an Rudolf Scharping geschrieben und als der Ex-Weltmeister zur Liebknecht-Luxemburg-Demo nach Berlin kam, haben ihm dort viele dazu gratuliert. Man ahnt: Es geht um die Friedensfahrt. Die des Jahres 2007 wurde unlängst abgesagt, und da sie auch schon 2005 ausgefallen war, droht das Rennen nur noch hin und wieder stattzufinden. In der Mitteilung, die die Absage kundtat, war die Rede davon, dass der tschechische Renn-Directeur gefeuert wurde, weil er verheimlicht hatte, dass Skoda als Sponsor den Rückzug antrat und obendrein einen Berg Schulden hinterlassen hatte. Nun will ein rühriger Schweizer die Friedensfahrt wieder in Gang bringen und man wünscht ihm dazu viel Erfolg. Seine Chancen sind allerdings geringer als die Aussicht, dass man demnächst mit der Straßenbahn auf den Montblanc gelangt.

Warum also schrieb Schur an Scharping? Weil der frühere Bundesverteidigungsminister jetzt Präsident des Deutschen Radsportverbandes ist. Ohne langes Drumherum: Hier ist der Brief:

„Sehr geehrter Herr Präsident Scharping, lassen Sie mich diesen Brief – wenn auch schon einige Tage des Jahres 2007 ins Land gingen –, mit den besten Wünschen für Sie und alle Mitglieder des BDR beginnen. Ich verzichte auf die bei solchen Gelegenheiten üblichen Floskeln und beschränke mich darauf, allen Gesundheit zu wünschen. Wichtigeres gibt es aus meiner Sicht nicht!

Ich wende mich an Sie, nachdem sich schon mein Freund Wolfgang Taubmann vor knapp zwei Jahren mit der dringenden Bitte an Sie wandte, sich um die

Zukunft der Friedensfahrt zu bemühen. Was zu diesem einst großartigen Rennen zu sagen war, hatte er Ihnen mitgeteilt. Vielleicht sollte ich noch hinzufügen, dass die Fahrt jedes Jahr vom Präsidenten der UCI eröffnet worden war; eine Gewohnheit, die außer dieser Fahrt nur für die Weltmeisterschaften galt.

Nun ist die Fahrt 2007 abgesagt worden und jeder wird verstehen, dass ich mich nicht nur, weil ich sie zwölfmal bestritt und zweimal gewinnen konnte, jetzt zu Wort melde, sondern, vor allem, weil ich mich bereits einmal nach 1990 in einer kritischen Phase engagierte und ein Kuratorium ins Leben rief, das die Fahrt rettete. Die Gefahr scheint mir groß und die Stunde gekommen, alle Freunde des Rennens zu mobilisieren. Sie hatten Wolfgang Taubmann nicht selbst

ich noch manches Rennen bestritten und mir oft von ihnen erzählen lassen, wie diffizil diese Tage für sie waren – die Fahrt führte ziemlich nahe an Auschwitz vorbei. In einer Zeit, da jeder für ein gutes Verhältnis mit Polen plädiert, sollte die Erinnerung daran doch wohl gepflegt werden.

Um nicht einen Ihrer Briefschreiber zu motivieren, mir wieder mitzuteilen, der BDR „selbst kann und wird keine Organisation übernehmen. Dies machen wir auch bei anderen Rundfahrten nicht“, appelliere ich an Sie, mir mitzuteilen, welche Möglichkeiten Sie als welterfahrener Mann sehen würden, die Friedensfahrt wieder zu beleben – aus radsportlichen und auch ein wenig aus politischen Gründen. (Um nicht missverstanden zu werden: Die Polen sollten nicht

vermuten, dass das 1950 Begonnene 2007 in Deutschland in Vergessenheit geraten ist ...)

Soweit Täve.

Dem ist nicht allzuviel hinzuzufügen. Vielleicht sollte man noch mal betonen, dass die Behauptung, Polen und Tschechen hätten die Fahrt 1948 ins Leben gerufen, weil sie „auch einmal so etwas wie die Tour de France“ erleben wollten, nur die hirnrissige These eines Journalisten ist, der in DDR-Zeiten Friedensfahrt-Elogen für die „junge Welt“ verfasste und nun wohl demonstrieren wollte, dass er die Vergangenheit weit hinter sich gelassen hat. Fakt ist: Die Fahrt wurde gegründet, um das Verhältnis zwischen Polen und Tschechoslowaken, die von den Faschisten gegeneinander gehetzt worden waren, wieder zu normalisieren. Vier Jahre später lud man die DDR-Deutschen dazu und die fuhren nicht nur an Terezyn und Maidanek vorbei, sondern bekundeten auch ihren Bruch mit dieser Vergangenheit. Heutzutage kann man recht gefährliche Reden deutscher Politiker hören, die nicht gerade für Freundschaft mit Polen und Tschechen werben. Ich fürchte, die Stimmung der Polen und Tschechen gegenüber den nun wieder „vereinten“ Deutschen nähert sich langsam der der fünfziger Jahre. Und der Sport könnte dort wichtige Punkte sammeln. Und die Friedensfahrt würde eine wichtige Tradition pflegen. Und Scharping wäre dafür zuständig. Und Täve hat ihn daran erinnert! Und das ist eine durchaus kompetente Persönlichkeit.

Schur, Scharping und andere

antworten können, vielleicht fehlte dem Briefschreiber Ihres Verbandes damals der Überblick, aber sowohl die Behauptung „Schon kurz nach der Wende hat sich der BDR mit seinem Präsidium für den Erhalt und Fortbestand der Friedensfahrt ausgesprochen“ war zumindest gewagt. Als noch gewagter empfand ich die Feststellung: „Festhalten müssen wir jedoch, dass die Friedensfahrt eine tschechische Veranstaltung ist.“

Es trifft zu, dass die Funktionen der Veranstalter in den letzten Jahren durch die verschiedensten Umstände einige Male wechselten und die „Privatisierung“ der Fahrt Probleme mit sich brachte, aber wenn in Deutschland eine Instanz kompetent und zuständig wäre, sich um das Überleben der Friedensfahrt zu bemühen, wäre es der BDR und wenn ein renommierter Politiker der BRD mit seiner Autorität in Frage käme, dieses Anliegen zu befördern, wären Sie es. Man mag darüber streiten, ob eine Deutschland-Rundfahrt förderungswürdiger sein sollte, als die in der DDR beheimatete Friedensfahrt. Aber wer solche Debatten führen will, sieht sich mit der Tatsache konfrontiert, dass DDR-Rennfahrer 1950 zum ersten Mal an diesem Rennen – damals führte es noch durch Polen und die Tschechoslowakei – teilnahmen und damit im Sport erste Brücken nach Polen schlugen. Mit denen, die damals in der Mannschaft fuhren, habe



**JETZT
AM KIOSK
ODER BEQUEM IM PROBEABO
01805 / 917 917**

(124 € / min)

www.melodieundrhythmus.com

**Jetzt
NEU!!!**

KNORKATOR

Das nächste Album aller Zeiten

Wolfgang Neskovic ist Bundestagsabgeordneter der Linksfraktion. Er war früher Richter am Bundesgerichtshof und vertritt wohl deshalb die Linksfraktion im Parlamentarischen Kontrollgremium (PKG), das die Arbeit der Geheimdienste überwachen soll. Als erster Abgeordneter wagte er sich in die Höhle des Löwen und absolvierte ein einwöchiges Praktikum in der Zentrale des BND in Pullach. Dem Spiegel (51'06) offenbarte er einige Erkenntnisse: „Ich habe immerhin die Sicherheitsüberprüfung bestanden.“ Ein frei gewählter Abgeordneter kann also ein Sicherheitsrisiko sein?

Inge Viett, ehemals Mitglied der „Bewegung 2. Juni“ und der RAF, wandte sich am 16. Januar mit einem Brief an den Redakteur des Neuen Deutschland Tom Strohschneider. Frau Viett begründet darin, warum sie an dem für den 24. Januar angekündigten Abend „ND im Club“ nicht als Zeitzeugin auftreten wird. LN veröffentlicht Auszüge, weil ihre Argumentation auch für LN-Leser aufschlussreich ist:

Die von Ihnen im ND und junge Welt per Anzeige angekündigte Veranstaltung „30 Jahre Deutscher Herbst“ wird mit mir nicht stattfinden. Offensichtlich sind Sie und ich von falschen Voraussetzungen ausgegangen. Sie wollen eine Veranstaltung mit der „RAF-Aussteigerin“ Inge Viett. Die gibt es nicht.

Ich wollte eine Veranstaltung mit einer linken Tageszeitung zur DDR, der Rolle der Staatssicherheit, deren Verhältnis zum bewaffneten Kampf und wie sich dieses Verhältnis für mich damals praktisch zeigte. Darüber haben wir kommuniziert. Ich habe ein gewisses Maß an autonomem Geschichtsbewusstsein vorausgesetzt bei Ihnen. Statt dessen zeigen mir die Aufmachung der Anzeige, der Rückgriff auf die Terminologie des Staatsschutzes und der bürgerlichen Poli-

Ein Linker kontrollierte Pullach

„Meine Kernarbeitszeit war meistens von 8.30 bis 17.30 – schließlich sind Geheimdienstmitarbeiter auch Beamte. Der BND war erstaunlich offen gegenüber seinem vermeintlichen Klassenfeind.“ Kann ein Ex-Bundesrichter vermeintlicher Klassenfeind sein? Beschäftigt sich der BND mit Klassenfeinden? „Spiegel fragte nach: „Ist es nicht naiv zu glauben, der Dienst würde Ihnen seine Arbeitsmethoden offen legen?“ Neskovic: Der BND hat zumindest kein Schaulaufen organi-

siert, sondern mich auch in den normalen Tagesablauf integriert. Nur eins habe ich nicht gemacht: mich allein durch das Haus bewegt und geheime Akten studiert.“

Vielleicht aber hätte gerade das a la Normannenstraße seinen Reiz gehabt?

Weitere Erkenntnis: „Als eher geheimdienstkritischer Beobachter war ich überrascht, wie viel intelligente Menschen mit Hochschulabschluss dort versammelt sind: Politologen und Kunstwissenschaftler genau so wie Orientalisten. Andererseits

muss der BND für seine technische Abteilung mit Unternehmen wie Siemens um qualifizierte Mitarbeiter konkurrieren. Eine schwierige Lage, weil der BND nur wie der Öffentliche Dienst zahlt.“

Da muss doch glatt die Gewerkschaft – bloß welche – mit ihrem starken Arm ran.

Über die Effizienz des BND ist sich Neskovic noch unklar: „Seit dem Praktikum bin ich mir noch sicherer, dass wir das Kontrollgremium in der vorhanden Form gleich abschaffen können. Der Begriff der Kontrolle der

Dienste durch das Parlament ist eine Irreführung der Öffentlichkeit.“

Die Auflösung des BND schlägt Neskovic nicht vor, wohl aber Untersuchungsausschüsse bei „echten Skandalen“. Der Schluss des Spiegel-Interviews:

„Verraten Sie uns noch ein BND-Geheimnis?“

Neskovic: Das Essen ist besser als im Bundestag.“

Vielleicht könnten in Berlin einige BND-Köche in die Küche des Bundestags wechseln?

Ansonsten scheint der Ausflug von Neskovic nach Pullach ohne für ihn schädliche Folgen geblieben zu sein.

H. SCHNEIDER, DRESDEN

Unverschämt, wenn Kritik am MfS auf dem ideologischen Boden seiner Gegner stattfindet

tologen, Historiker etc., dass ich danebenlag. Die Frage, warum Sie mich nicht als ehemalige Aktivistin des bewaffneten Kampfes oder als ehemalige DDR-Bürgerin mit Guerilla-Erfahrung, oder als Autorin, oder als jetzige Aktivistin gegen Ausbeutung und imperialistische Kriege angekündigt haben, sondern genau auf der Linie der Konterrevolution von 1977 und 1989 operieren: Die diabolische Verquickung von „Terrorismus“ und Staatssicherheit, (Schleyer – RAF – DDR – RAF-Aussteigerin), diese Frage beantworte ich damit, dass Sie die Thematik revolutionärer Gewalt mit den Augen derer, gegen die sich diese Gewalt wendet, betrachten. (Nicht plump, nein, sondern eben links-bürgerlich). Das aber sind für mich geschichtlich blinde Augen. Sie erkennen und anerkennen nur die gegenwärtige Legalität, die Ordnung, die bestimmte Räume für Kritik und Protest belässt und darum als „demokratisch“ gelten, die umzustürzen aber verrückt

oder kriminell ist.

Da war die Staatssicherheit der DDR zum Glück weiter, auch wenn wir sie damals in ihrer friedlichen Koexistenzpolitik gestört haben. Diese „Ordnung“, die nackte und versteckte Gewalt zu „Recht“ macht und mit diesem „Recht“ die Welt unterwirft und verwüstet – was treibt linke Journalisten, dieses System, diese „Legalität“ gegen eine gewaltsame Revolte, gewaltsamen und militanten Widerstand, geschichtlich und gegenwärtig zu beschützen?

„30 Jahre deutscher Herbst“ heißt doch: 30 Jahre Weiterentwicklung von Destruktion und Barbarei in den Gesellschaften, von aggressivem Klassenkampf von oben, von neoliberaler Manipulation, von repressiver und militärischer Durchsetzung imperialistischer Interessen, von kriegerischen Raubzügen der imperialistischen Staaten. Und das heißt auch: 30 weitere Jahre fiebrigen Suchens nach Mitteln und Möglichkeiten, den ständig

mutierenden Moloch aufzuhalten. Ist es da nicht mal langsam an der Zeit, dass eine linke Tageszeitung dem staatlichen bürgerlichen Mainstream bezüglich umstürzlerischer revolutionärer Gewalt gegen diese Maschinerie widersteht und ihre Kritik an dem bewaffneten Widerstand vor dreißig Jahren aus einer anderen Perspektive entwickelt?

Genauso verhält es sich auch mit dem Verständnis der Staatssicherheit der DDR: Wo die Welt von imperialistischen Geheimdiensten mit Konflikten, Attentaten, Entführungen, Konzentrationslagern, Gefängnissen und Folterstätten überzogen wird und die politische und intellektuelle Elite sämtlicher westlicher „Demokratien“ dabei zuschaut, wie für diese Geheimdienste ein rechtloser Raum geschaffen wird, in dem sie frag- und straflos ihrem mörderischen Handwerk fürs Kapital nachgehen können, da ist es eine weitere Unverschämtheit, wenn die Kritik am sozialistischen Geheimdienst und seinen Methoden auf dem ideologischen Boden seiner Gegner stattfindet. Die Verhältnisse, die einen antikapitalistischen Gesellschaftsentwurf ohne Geheimdienste möglich sein ließe, gibt es noch nicht. Das wissen auch Cuba, Venezuela und Bolivien sehr gut.

INGE VIETT, BERLIN

Wanderungen durch Neufünfland

Geld scheint genug da zu sein

KAM DURCH MAGDEBURG und trank – obwohl es eigentlich nicht kalt genug dafür war – einen Glühwein. Erzählte mir einer an der kargen Theke: Eine S-Bahn-Station wird demnächst umbenannt. Ich bestellte einen zweiten Glühwein, weil der erste meine Neugier befriedigt hatte: Was könnte heutzutage das Motiv dafür sein, einer S-Bahn-Station einen neuen Namen zu geben? Ich lese Ihnen mal aus der Magdeburger Volksstimme vor, wie die ihren Lesern das „nahebrachte“: „Die S-Bahnstation Thälmannwerk, benannt nach dem gleichnamigen Kombinat, wird den 40. Jahrestag ihres Bestehens wahrscheinlich nicht erleben. Sie soll umbenannt werden in Magdeburg SKET Industriepark“.

Der Witz daran: Die letzten beiden Buchstaben von SKET stehen für „Ernst Thälmann“, also bleibt der Name erhalten, nur wird er eben ein wenig versteckt. Und das brachte ich beim dritten Punsch in Erfahrung: Das „Verstecken“ kostet mindestens 20 000 Euro. Umgerechnet wären das 12 500 Brote für die Obdachlosentafel und nochmal umgerechnet 34 Brote an jedem Tag eines Jahres. Da würde mancher satt werden. Nun kann er sich an den neuen Bahnhofsschildern sattsehen!

DAS IST ZWAR BESCHWERLICH, aber wir müssen halten, was wir versprochen haben. Also: Immer mal wieder einen Blick nach Heiligendamm werfen, wo die Vorbereitungen auf den „Gipfel“ langsam den Gipfel erreichen. Unter uns: Neulich hatten sie im Fernsehen

alte Filme abgespielt. Als der Bundeskanzler nach Güstrow gekommen war und – so glaubte man wohl jetzt einem staunenden Publikum zu erzählen – die „Stasi“ alles „gesichert“ hatte. Und zwar ...

Ich möchte mal meinen: Das war ein Kinderfest im Vergleich zu dem, was sich jetzt in und um Heiligendamm abspielt. Ein 13 km langer „Sperrzaun“ – gekrönt von Stacheldraht – mit zwei Pforten, die nur passieren darf, wer das richtige Stück Papier hat. Der Unterschied zwischen Güstrow und Heiligendamm: Die einen wollten es ein wenig heimlich machen, die anderen haben überhaupt keine Hemmungen in dieser Hinsicht. In Wittenbeck bei Heiligendamm sahen wir eine Polizeistreife einen Schlammweg inspizieren, auf dem schweres Baugerät anrollte. Und zwar zum Hillerweg, denn dort wird nicht nur der Zaun gezogen, sondern – das zitiere ich vorsichtshalber aus dem Lokalblatt: „Wir werden zunächst für die Errichtung des Schutzzaunes eine 800 bis 900 m lange Baustraße anlegen.“ Das ist die blanke Wahrheit: Ein knapper Kilometer Straße für den Zaun. Es lebe die Freiheit!

Wir halten Sie auf dem Laufenden ...

IN RIBNITZ-DAMGARTEN ist man dabei, Geld bei denen einzutreiben, die Sozialhilfe bekommen und in Verdacht geraten sind, sie unberechtigt zu kassieren. Die Geschäftsführerin der sogenannten „Arbeitsgemeinschaft Arge“, die diesem Gewerbe nachgeht, gab inter-

essante Auskünfte: 20 000 Bürger, davon etwa 11 000 Kinder beziehen in Ribnitz-Damgarten, Grimmen und Stralsund „Leistungen nach Sozialgesetzbuch II“. Aber diese Zahlungen werden natürlich scharf kontrolliert, schärfer jedenfalls als die Ausgaben in Heiligendamm. Wir glaubten unseren Ohren nicht zu trauen, als wir die Zahlen hörten: Was allein den Landkreis Ribnitz-Damgarten betraf, so sollen 874 Überprüfungen stattgefunden haben und 582 „Ordnungswidrigkeitsverfahren“ eingeleitet worden sein. Dass keiner der davon Betroffenen eine Chance hatte – wie die Herren Ackermann oder Hartz – durch ein Geständnis um die Bestrafung zu kommen, ist mal klar.

NACH EINEM LANGEN MARSCH bis Sonneberg begegneten wir einer Demonstration, deren Transparente sich nicht für Titelfotos eigneten. Zum Beispiel: „Verkohlte, verschrödet und jetzt ausgemerkelt.“ Aus einem Lautsprecher erklang „Spiel mir das Lied vom Tod“ und das war keine Filmmusik! Es ging den Demonstranten um ihre Arbeitsplätze bei Märklin. Die Zentrale in Göppingen hatte entschieden, die 1400 Arbeitsplätze um 310 zu verringern und das bedeutete die Schließung des Werkes Sonneberg. 221 Beschäftigte erhalten dort die Kündigung. Der Betriebsratsvorsitzende Heinze kündigte unter Beifall Kampf an, aber alle wussten, dass dieser Kampf nur durch ein Wunder gewonnen werden kann. Der IG-Metall-Beauftragte warf den Unternehmern vor, dass es ihnen „nur darum geht, in möglichst kurzer Zeit, den größtmöglichen Profit zu machen“. Der Leser mag staunen, dass ich mir das überhaupt notiert hatte – hierzulande lernte man derlei schon vor Jahr und Tag nicht nur im Parteilehrjahr.

• KLAUS HUHN

Rosa Luxemburg

☎: 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Montag, 29. Januar, 19 Uhr, Dresden
 Vortrag und Diskussion: *European Left. Formierungsprozess der Europäischen Linken.* Mit Dr. André Brie, Mitglied des Europäischen Parlaments, Schwerin. Moderation: Thomas Westphal TU-Dresden, Hörsaalzentrum, Bergstr. 64

Dienstag, 30. Januar, 18 Uhr, Leipzig
 Vortrag und Diskussion: *Zur Kant-Herder-Kontroverse. Zum Verhältnis von Glauben und Vernunft.* Mit Dr. Andreas Eichler, Niederfrohna. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 31. Januar, 18 Uhr, Leipzig
 Vortrag und Diskussion: *Das Ende der „schönen Maschine“. Ein Abgesang auf den modernen Kapitalismus.* Mit Robnert Kurz, Publizist und Autor, Nürnberg/Fürth. In Zusammenarbeit mit Attac Leipzig. Schaubühne Lindenfels, Karl-Heine-Str. 50

Mittwoch, 31. Januar, 18.30 Uhr, Leipzig
 Vortrag und Diskussion: *Die Linke und das Streben um die politische Macht. Teil 2: Linke Politik und Macht.* Mit Prof. Dr. Ekkehard Lieberam, Leipzig. Klub Gshelka, An der Kotsche 51

Sonnabend, 3. Februar, 10-17 Uhr, Leipzig
 Kolloquium: *Literaturgeschichte und Literaturtheorie.* Teilnehmergebühr: 5 Euro. *** Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 7. Februar, 19 Uhr, Dresden
 Buchvorstellung und Diskussion: *Ostdeutschland – Zwischen Währungsunion und Solidarität II. Eine Retrospektive kritisch-alternativer Autoren.* Mit dem Mitherausgeber Karl Mai, Wirtschaftswissenschaftler, Halle. Moderation: Ronald Weckesser, MdL, Dresden. WIR-AG, Martin-Luther-Str. 21

Donnerstag, 8. Februar, 17.30 Uhr, Leipzig
 Vortrag und Diskussion: *Nochmals zur Universitätsgeschichte.* Mit Prof. Dr. Wolfgang Geier, Leipzig/Klagenfurt Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 13. Dezember, 19 Uhr, Dresden
 Vortrag und Diskussion: *Zum 150. Geburtstag von Sigmund Freud: „Die Stimme der Vernunft ist leise ...“* Mit Prof. Dr. Siegfried Kätzel, Lektor, und Prof. Dr. Walter Friedrich, beide Leipzig TU Dresden, Hörsaalzentrum, Bergstr. 64

Sonnabend, 10. Februar, 10-14 Uhr, Leipzig
 Seminarreihe *Parteibildungsprozesse in der deutschen Arbeiterbewegung. II. Einheit und Vielfalt der proletarisch-sozialistischen Parteibildung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts.* Mit Prof. Dr. Jutta Seidel, Leipzig. Tagungsbeitrag: 5 Euro / Seminar. Anmeldung für das Februar-Seminar bis 1. Februar erforderlich. Bestätigung erfolgt. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

*** Gemeinsam mit Rosa-Luxemburg-Stiftung Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V.
 Die Veranstaltungen sind für jedermann offen.

Unser Genosse Gerd Kawe wird am 29. Januar 65 Jahre

Wir gratulieren herzlichst und wünschen dir, lieber Gerd, alles erdenklich Gute für die kommenden Jahre.

Deine Linkspartei.PDS-Basisgruppe Löbnig II

Naturkundemuseum
 Leipzig, Lortzingstr. 3

Sonderausstellungen:
Bis 25. 2.: Mit der Südumfahrung in die Vorgeschichte – Neues zur Bronzezeit im Leipziger Raum.

Bis 25. 2.: Rotes Eis – Die kanadische Robbenjagd.

Veranstaltungen:
4. 2., 10.30 Uhr, Vortrag: „Eingewandert – eingeschleppt?“ – Neuankömmlinge in der heimischen Insektenfauna.

ISOR e. V.

Isor e. V. führt Beratungen für Rentner und angehende Rentner durch, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren, sowie für diejenigen, die nach der Neufassung des § 6, Abs. 2 und 3 AAÜG neu vom Rentenstrafrecht bedroht sind. Die Sprechstunden finden an jedem vierten Mittwoch des Monats von 16 bis 17 Uhr im Stadtteilzentrum Messemagistr. Straße des 18. Oktober 10 a, 04103 Leipzig, statt.

SZM

Stadtteilzentrum Messemagistr. Leipzig, Straße des 18. Oktober 10a

25. 1., 19 Uhr, Gisela Ludwig: Japan – Erlebnisbericht von einer Reise. Eintr: 6 Euro, mit Leipzig-Pass 3 Euro



Am 17. März, 19 Uhr, ist Dietrich Kittner

in der Alten Handelsbörse, Leipzig. Karten für diese Veranstaltung gibt es ab sofort zum Preis von 5 Euro (ALG-2-Empfänger, Schüler, Studenten) bzw. 12 Euro in der Geschäftsstelle der Linkspartei.PDS im Liebknecht-Haus, Braustr. 15

Anlässlich seines 85. Geburtstages grüßen wir unseren Genossen Siegfried Müller

sehr herzlich, danken ihm für Standhaftigkeit und Treue in der Partei und wünschen weiterhin Gesundheit und alles Gute.

Linkspartei.PDS, BO Löbnig III

WIRTSCHAFTS- UND FINANZBERATUNG DR. ANNETTE BOENHEIM

Feuerbachstraße 5
 04105 Leipzig

Telefon 03 41/4 51 26 10
 Mobil 01 78/4 51 26 10
 Telefax 03 41/4 42 97 10

www.existenzcoaching.de
 info@existenzcoaching.de

Marxistisches Forum

Klio wird staatlich vergewaltigt! Die Geschichtsfälschung zur DDR.

Forum mit Prof. Dr. Horst Schneider, Dresden

am Dienstag, **6. 2., 18 Uhr** im Liebknecht-Haus Leipzig, Braustr. 15

Carl-Schorlemmer-Apotheke



Telefon (03 41) 4 22 45 58
 Arzneimittel-Information
 Arzneimittel-Abgabe

Inhaber:
 FSD PhR Friedrich Roßner
 Fachapotheker für
 Allgemeinpharmazie
 Karlsruher Straße 54
 04209 Leipzig

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
 Büro / Apothekenleiter



Helpen Sie uns, das Eisen zu schmieden, solange es heiß ist.

SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V., Sparkasse Leipzig,

Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860 555 92,

Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Bestellschein

bitte ausgefüllt schicken an:

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

evtl. Telefon

ANSCHRIFT UND KUNDEN-NR. des Werbers* bzw. Geschenkgebers*

* Nichtzutreffendes bitte streichen

Kundennummer

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro

Studierendenabo (13 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises
 Probeabo (3,50 Euro für ein Vierteljahr)

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor** Bezugsende in der Redaktion kündige.

Ich bitte um Rechnung
 Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Über 1 000 Fragen

Das ganze Leben ist natürlich kein Quiz, auch wenn Hape Kerkeling es seit Jahren behauptet. Aber es gibt Leute wie Sie und ich, die rätseln ganz gern einmal, sei es kreuz und quer oder, um zu beobachten, wie andere Millionär werden. Ans große Geldverdienen geht es bei dem dicken „DDR-Quiz Buch“ wahrlich nicht. Aber wer doch einmal vor die Fernsehkamera im mdr treten möchte, um bei QUICKIE sein Wissen unter Beweis zu stellen, für den ist dieses neue Buch aus dem Eulenspiegel-Verlag eine unentbehrliche Pflichtlektüre.

Nehmen wir doch mal drei Beispiele:
Wie kam man am besten auf die Wartburg?
A mit dem Pony-Express
B mit der Seilbahn
C mit dem Esel
D mit der Zahnradbahn



Welche Gedenkstätte mit Plastiken von Fritz Cremer wurde 1958 eingeweiht.
A Ziegenhals
B Sachsenhausen
C Mahnwache Unter den Linden
D Buchenwald



Sollte Ihnen das zu einfach sein, es gibt auch weitaus schwierigere Fragen zu Geschichte und Politik, zu Alltag und Lebensweise zu Kunst und Kultur, Landwirtschaft und natürlich zum Sport.

Radsportlegende Tüve Schur gewann zweimal die Friedensfahrt. Wie oft nahm er teil?
A zweimal
B dreimal
C siebenmal
D zwölfmal



Tausend Fragen, tausend Antworten in dem reich bebilderten Band ... und so gar keine kleinen Fehler? Natürlich gibt es die. Nichts ist doch für den wissenden Leser schöner, als einem dicken Wissenbuch zu beweisen, dass es sich ausnahmsweise auch einmal irrt. So sang die noch immer vielzitierte Bärbel Wachholz ihren Schlager „Da-ha-mals...“ nicht erst 1966, wie im Buch behauptet, sondern schon 1960 auf AMIGA-Schallplatte. Da hört man doch ... oder liest darüber hinweg. Denn der Herausgeberin Margarete Drachenberg und ihren vielen Autoren und originellen Gestaltern ist ein Loblied zu singen für dieses amüsante wissenswerte Buch über: Damals, als alles durchaus nicht immer so schön war ...

• MIC

Das dicke DDR-Quiz-Buch. Herausgegeben von Margarete Drachenberg. Eulenspiegel-Verlag. Das Neue Berlin 2006. 224 S. 19,80 Euro

Oft muss man sich erst zusammenraufen,
um gemeinsam zu können.

H. F.

Werbung zielt bekanntlich auf den Kopf, will aber immer die Briefftasche treffen. Meist mit markigen Begriffen. Dieser Tage behauptete ein bekannter Teppichladen in Leipzig:



Von wegen Ausnahmezustand: Den gab es durch „Kyrill“ zu anderen Zeiten, als auf unseren Schienen keine Züge mehr fahren, Autobahnen gesperrt wurden und Steckdosen tagelang nicht mehr „spannend“ waren.

Fazit: Immer hübsch auf dem (Werbe) Teppich bleiben, auch wenn die Kunden später auf euren Produkten rumtrampeln. Oder leitet sich „Ausnahme“ in der sicher teuren Werbeaktion doch von „Ausnehmen“ ab?

•-CK

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

100 Millionen Amerikaner behaupten von sich, wiedergeborene Christen zu sein.
3sat 6. 1.

Wenn Menschen (und das in wachsender Zahl) in Leiharbeit arbeiten, ist das Risiko, einen Arbeitsunfall zu erleiden, drei Mal höher als bei Festangestellten. Ihnen wird mitunter nachts mitgeteilt, auf welcher Arbeitsstelle sie sich am Morgen einzufinden haben. Ein Spruch unter Leiharbeitern: Wir sind die Sklaven der Nation und kriegen nicht mal Mindestlohn.
ARD 8. 1.

In der BRD sind ca. eine halbe Million Menschen, die Vollzeit arbeiten, auf ALG II angewiesen.
DLF 10. 1.

Durch Regierungsbeamte werden zwischen Bonn und Berlin jährlich ungefähr elf Millionen Euro verfliegen.
DLF 11. 1.

Henry Nitzsche, Ex-CDU-Mitglied, vor allem aber Bundestagsabgeordneter mit Hang zu rechtslastigen Stammtischparolen: Eintritt in die DSU nicht voll-

ends ausgeschlossen. DSU Landeschef Karl-Heinz Obser aus Leipzig würde das begrüßen. Seit einigen Monaten wittert die Partei Morgenluft. Das liegt vor allem am Zulauf von rechtsextremer Seite.
LVZ 11. 1.

Liebkecht und Luxemburg wurden beim Januaraufstand 1919 ermordet.
ZDF 14. 1.

Der Scientology-Beauftragte für Berlin konnte sich vor einiger Zeit in das Goldene Buch der Stadt eintragen.
3sat 15. 1.

„Das Kindermädchen war wieder da.“ So der Ausspruch eines israelischen Journalisten zum Besuch der amerikanischen Außenministerin Rice.
DLF 15. 1.

Als ob bei ihm innerlich ein Hebel umgelegt worden sei. Ausgelassen tanzt Bundespräsident Horst Köhler in Ghana ...
LVZ 15. 1.

• ENTDECKT VON
MANFRED ERBE

Übrigens:

In Deutschland gibt es zu viele Rechts- und zu wenige Linksanwälte.

In Deutschland darf sich jeder feiern lassen, der seiner Zeit einen blinden Spiegel vorhält.

In Deutschland wird auf vielen Gebieten ein akuter Mangel an qualifiziertem Nachwuchs beklagt. Darüber können sich Schwätzer, Hohlköpfe, Lügner und Betrüger nur wundern.

R. LOCHNER



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e. V., V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: redaktion@leipzig-neue.de
Internet: www.leipzig-neue.de
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung, Anzeigen, Werbung:
Ralf Fiebelkom, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig, Tel./Fax Redaktion: 0341 / 21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

23. Januar

Die nächste Ausgabe erscheint am

9. Februar

Spendenkonto

für Projekt Linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92, Konto: 11 50 11 48 40